

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 18/16. Jahrgang

7. September 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Sie bomben wieder

Deutsche Truppen wieder im Einsatz

Die Bundesregierung hat den Termin für den ersten militärischen Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan mit Bedacht gewählt: 1. September 1995. Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen. Daran sollte bewußt erinnert werden. Dabei war der Einsatz der deutschen Tornados minimal und, wie man mit Schadenfreude vermerkte, zunächst noch durch technische Mängel verhindert. Das scherte die Bundesregierung jedoch wenig. Der Propagandrummel war gelungen. Daß der erste Einsatz deutscher Tornados schon Tage vorher erfolgte, wie jetzt enthüllt wurde, ist in diesem Fall unerheblich.

Noch eine weitere Parallele zum Beginn des 2. Weltkrieges drängt sich auf. Heute wie damals war ein Ereignis Auslöser für massive Kriegshandlungen. Damals wurde ein von den Nazis fingierter Überfall auf eine Sendestation zum Kriegsgrund genommen. Heute war es eine Granate, die in eine wartende Zuschauermenge in Sarajevo schlug. Wie bei den vielen anderen Granateinschlägen in Sarajevo ist auch bei diesem nicht endgültig geklärt, wer ihn abgefeuert hatte.

Die NATO-Bombardierung hat nun die militärischen Verhältnisse auf dem Kriegsschauplatz weiter zugunsten der bosnisch-kroatischen Föderation geändert. Schon vor den Bombardierungen meldeten die militärischen Beobachter, daß sich die militärische und personelle Ausstattung der Izetbegović-Truppen

enorm verstärkt hatte. Wie dies trotz Waffenembargos funktionieren konnte, wurde in den letzten Tagen enthüllt. Durch Waffenlieferungen aus der BRD, im wesentlichen aus den Beständen der NVA wurde das militärische Gefüge kontinuierlich zugunsten der bosnisch-kroatischen Föderation umgestaltet. Diese Waffenlieferungen von Seiten der Bundesregierung werden nun schon seit einigen Jahren kontinuierlich registriert, ohne daß es von internationaler Seite irgendwelche Proteste oder Verdammungen hagelt.

Vor einigen Wochen fühlte man sich anscheinend stark genug, die massive Militärpower auch einzusetzen. Mitte Juli wurde die sogenannte „Deklaration von Split“ verabschiedet. Vertreter der bosnisch-kroatischen Föderation sowie der US-Botschafter in Kroatien, Peter Galbraith, und der deutsche Vermittler für die bosnisch-kroatische Föderation, Christian Schwarz-Schilling, erklärten, daß der Einsatz der kroatischen Armee zur Entlastung der UNO-Schutzzone Bihać durchgeführt werde. Der dann folgende Einsatz war der Beginn der Großoffensive „Gewittersturm“ der zu den bisher größten Vertreibungen auf dem Balkan nach dem 2. Weltkrieg führte. Die bis dahin mehrheitlich von Serben besiedelte Krajina wurde „serbenfrei“. Mit welch



offener Freude die Vertreter der Bundesregierung diese Tatsache begrüßten, konnte jeder am Fernsehschirm mitverfolgen. Der kroatische Blitzkrieg und Blitzsieg war dann der Auftakt für die NATO-Militärs, nun selbst militärisch in die Offensive zu gehen. Die Granate in Sarajevo kam wie gerufen.

Wie soll die politische Zukunft im ehemaligen sozialistischen Jugoslawien aussehen? Vor einigen Tagen war der bosnische Ministerpräsident Silajdzic in Bonn, um über die Modalitäten des Wiederaufbaus Bosniens zu beraten. Die Bundesregierung hat großzügige Hilfe in Aussicht gestellt. Ausgeschlossen von dieser Hilfe wurden ausdrücklich die bosnischen Serben. Was bedeutet das? Alle bisherigen Friedenspläne gehen von einem Bosnien mit den bisherigen Außengrenzen aus. Das heißt, die bosnischen Serben sind Bestandteil eines bosnischen Staates. Nach Auffassung der deutschen Bundesregierung aber soll ihnen keinerlei Hilfe zugeteilt werden. Für die bosnischen Serben heißt dies, daß sie entweder als der Büttel der herrschenden Schicht in Bosnien erhalten müssen oder, um diesem Zustand zu entgehen, auswandern müssen.

Das ist wohl auch die Absicht der Absprachen des bosnischen Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung.

Wie die Zukunft Bosniens engültig aussehen wird, war am 18. Juli in der regierungsnahen kroatischen Zeitung Vjesnik nachzulesen: „Dieses kleine Kroatien muß eine solche Form und Fläche einnehmen, die ihm geostrategisch sichere Grenzen gibt. Das kann Kroatien aber innerhalb der jetzigen AVNOJ-Grenzen (der vom Antifaschistischen Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens festgelegten innerstaatlichen Grenzen des früheren Jugoslawiens, d. Red.) nicht erreichen. Vor uns Kroaten steht die historische Aufgabe, ein solches Kroatien zu schaffen. Das aber bedeutet die Integration des gesamten Bosnien und der Herzegowina.“

Damit wäre Kroatien wieder bei den Grenzen des von deutschen Gnaden protegierten kroatischen Ustascha-Staates. Es wundert nicht, daß in Kroatien eine 35-bändige Ausgabe der Werke des Ante Pavelic vorbereitet wird. Pavelic, der im Herbst 100 Jahre würde, war Staatschef des faschistischen Ustaschen-Staates und einer der größten Henker der Balkangeschichte. — (hav)

„Kundschafter des Friedens“ fordern ihr Recht

Ehemalige DDR-Spione wollen die BRD vor der Europäischen Menschenrechtskommission verklagen

Vier Mitarbeiter des früheren Auslandsnachrichtendienstes der DDR, wegen „Spionage“ von BRD-Gerichten zu hohen Haftstrafen verurteilt und jahrelang inhaftiert, wollen vor der Europäischen Menschenrechtskommission klagen. Dr. Hagen Blau, Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, Gabriele Gast, ehemalige Regiergungsdirektorin beim BND, Dieter Popp, Ex-Verbindungsmann mit Quelle im Planungsstab des Verteidigungsministeriums, und Klaus von Raussendorf, früher Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt, wurden nach der DDR-Annexion „enttarnt“ und zu insgesamt 24 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt. Bereits im März waren sie zusammen mit acht anderen wegen „Spionage“ Verurteilten als „Kundschafter für den Frieden“ an die Öffentlichkeit getreten.

Mit der Fusion der beiden deutschen Staaten sei auch der Rechtsgrund für ihre Strafverfolgung entfallen, argumentieren sie und verlangen ihre volle Rehabilitierung. Am 18. August kündigten sie in Bonn ihre Klage vor der Menschenrechtskommission an.

Die früheren „Kundschafter“ argumentieren, die Annexion der DDR durch die BRD sei völkerrechtlich eine „Staatenfusion“. Bei einer solchen „Staatenfusion“ entfielen nach Meinung zumindest ausländischer Völkerrechtler auch der Rechtsgrund für die Verfolgung von Spionen, die in dem einen oder anderen der beiden „fusionierten“ Staaten gegen den jeweils anderen spioniert hätten. Folgerichtig würden auch Spione der BRD in der früheren DDR nicht verfolgt. Die weiter anhaltende Verfolgung von früheren DDR-Spionen verstieße gleich gegen mehrere interna-

tionale Rechtsnormen. Betroffen davon seien mehrere tausend Personen. „Die statistischen Angaben zu diesem Komplex, welche die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage gemacht hat, beziehen sich leider nur auf die Zeit seit Anfang 1992. Danach wurden 2412 Ermittlungsverfahren geführt. Allein von den vom Generalbundesanwalt durchgeführten Verfahren endeten 72 mit einer Verurteilung. Zu den Verfahren der Länder hat die Bundesregierung keine Angaben gemacht. Die Gesamtzahl der nach der Vereinigung verurteilten ehemaligen DDR-Kundschafter liegt nach unseren Ermittlungen weit über hundert. Allein die zwölf Erstunterzeichner des Appells „Kundschafter des Friedens fordern Recht“ bringen es zusammen auf Haftstrafen von insgesamt 81 Jahren und einem Monat.

Die Strafverfolgung geht weiter: In

481 Fällen liefen bis zum Stichtag der BMJ-Auskunft 19. Mai 1995 noch Ermittlungsverfahren. Von den genannten 72 Verurteilungen sind 8 noch nicht rechtskräftig. 17 ehemalige DDR-Kundschafter befinden sich noch in Haft.

„Das Bundesverfassungsgericht hat die strafrechtliche Verurteilung ehemaliger Kundschafter der DDR in der BRD im Mai 1995 uneingeschränkt bestätigt. Damit ist der innerstaatliche Rechtsweg erschöpft. Wir erstreben jetzt eine rechtliche Klärung im Rahmen eines Verfahrens gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention.“

Die „Kundschafter“ erklären sich allen Opfern des kalten Krieges verbunden. — (rül)

Kontakt der Initiativgruppe: Dr. Hagen Blau, Appollinarisstr. 30, 40227 Düsseldorf, Tel. 0211-7883361.

AKTUELL IN BONN

Entsendegesetz und Niedriglöhne

Am 1. September hat das Bundeskabinett Blüms Entwurf eines „Entsendegesetz“ gebilligt. Das Gesetz geht nun in die parlamentarische Beratung. Nachdem insbesondere die Bauwerkschaft, aber auch kleine Bau-firmen lange vergeblich gegen die extremen Niedriglöhne für Bauarbeiter aus anderen EG-Ländern auf Baustellen in der Bundesrepublik protestiert hatten, sieht der Entwurf vor, daß der Tarifvertrag für das Baugewerbe für allgemeinverbindlich erklärt wird und somit auch für Beschäftigte aus anderen EU-Ländern gilt — mit Ausnahmen. Blüms Trick: Die Allgemeinverbindlichkeit wird von einem Ausschuß entschieden, dem Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände angehören. Letztere haben aber bereits ihren Widerspruch angemeldet. Der Verband der Baukapitalisten will die Drohung der BDA nun zum Anlaß nehmen, um die IG Bau zur Aufnahme neuer Niedriglohn-tarife in den Bautarifvertrag zu zwingen.

Rexrodt für „Leichtlohngruppen“

FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt versucht sich als Propagandarechner für ein neuerliches Paket von sozialen Grausamkeiten gegen die Lohnabhängigen. „Die bestehenden Leichtlohngruppen müssen eine Renaissance in den Betrieben erleben, wenn auch weniger qualifizierte Arbeitskräfte eine Chance bekommen sollen“, fordert er. Zu deutsch: Senkung der Löhne für die, die schon jetzt am wenigsten verdienen. Außerdem soll der Kündigungsschutz noch weiter gelockert, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeschränkt und die Leistungen der Krankenversicherungen weiter verringert werden, forderte der Minister auf einem „Symposium“ der Gothaer Lebensversicherung in Bonn Ende August.

Streit um „Solidarzuschlag“

CDU-Abgeordnete aus den neuen Bundesländern, aber auch der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsausschusses, Ost, sind auf Popularitätsfang im Osten mit der Forderung, den „Solidarzuschlag“ bis weit ins nächste Jahrtausend zu verlängern. Insbesondere die FDP drängt auf eine zeitliche Befristung des Zuschlags, sein Wegfall soll durch soziale Kürzungen „erleichtert“ werden. Ziel dieser Strategie ist die Herausbildung einer breiten Armutszone in den neuen Bundesländern, die den Kapitalisten Anreize zu Investitionen schaffen soll. Die CDU-Abgeordneten versuchen, sich auf demagogische Weise diesem Kurs scheinbar entgegenzustellen, während sie in Wirklichkeit die zusätzlichen Steuereinnahmen auch den Kapitalisten zuleiten wollen: als „Infrastruktur“ und „Investitionshilfen“.

Landkreise gegen Sozialhilfe-reform

Der Deutsche Landkreistag hat Seehofers Gesetzentwurf zur Sozialhilfe-reform zurückgewiesen. Die Kommunen würden finanziell nicht entlastet, stattdessen würden sie durch die mit der Sozialhilfe verbundene Arbeitspflichten auch noch für die Qualifizierung und Verwaltung der „Problemfälle des Arbeitsmarktes“ verantwortlich gemacht: „Wir sind keine Arbeitsämter“, so der Landkreistag wörtlich in seiner Pressekonferenz zu Seehofers Gesetzentwurf.

Krach um Altschulden

Noch vor Beginn der Beratungen im Bundestag über Waigels Haushaltsentwurf für 1996 hat der Deutsche Städtetag seine Forderung, der Bund müsse die sogenannten „Altschulden“ der Kommunen der neuen Bundesländer übernehmen, erneuert. Im Zusammenhang mit dem „Einigungsvertrag“ waren 1989 insgesamt 1200 Städte und Gemeinden mit damals 4,9 Mrd. DM sogenannten „Schulden“ aus der früheren DDR-Zeit belastet worden, die in Wirklichkeit auf ganz andere Zahlungsvorgänge, keineswegs aber auf Kreditaufnahmen zurückgehen. Inzwischen sind diese 4,9 Mrd. DM mit Zins und Zinseszins auf fast 8 Mrd. DM gestiegen und belasten einzelne Gemeinden und Städte extrem schwer, bis hin zur Zahlungsunfähigkeit. Um der Forderung nach Übernahme dieser „Schulden“ durch den Bund Nachdruck zu verleihen, hat der Städtetag jetzt ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Immer weniger beziehen BAFöG

Die Zahl der Bezieher von Ausbildungsförderung für Schüler und Studierende geht rapide zurück. Das hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt. Nach den Erhebungen des Amtes bezogen 1994 in den neuen Bundesländern nur noch 145000 Schüler und Studierende BAFöG, 30000 bzw. fast 20% weniger als ein Jahr davor. In den alten Bundesländern sank die Zahl der Bezieher/innen von 597000 1993 auf 548000, also um fast zehn Prozent. Insgesamt bezogen 1994 noch 193000 Schüler und 500000 Studierende Ausbildungsförderung, bei Schülern durchschnittlich 485 DM im Monat, bei den Studierenden durchschnittlich 577 DM im Monat.

Lambsdorff gg. Vermögenssteuer

Der berüchtigte Steuervermeider Graf Lambsdorff will das Urteil des Bundesverfassungsgericht nutzen, um die Vermögenssteuer — sowieso nur für sehr wenige, außerordentlich vermögende Personen und Firmen von Bedeutung — ganz abzuschaffen. Das Gericht habe die Steuer für „verfassungswidrig“ erklärt, posaunt er in die Presse und ruft dazu auf, alle Vermögenssteuerpflichtigen sollten gegen Steuerbescheide der Finanzämter ab sofort Widerspruch einlegen. Zugleich forderte Lambsdorff Waigel auf, durch Anweisung an die Finanzbehörden dafür zu sorgen, daß diese keine Vermögenssteuerbescheide mehr erlassen. Der Graf meint ernstlich, eine Steuer für seinesgleichen vollkommen an den parlamentarischen Körperschaften vorbei abschaffen zu können.

Was kommt demnächst?

Am 4. September hat der Bundestag seine Beratungen wieder aufgenommen. Am 8. und 9. September berät die CSU in München ihren Kurs auf einem Parteitag. Am 9. September reist Kohl für eine Woche nach Südafrika und Namibia. Am 16. September beraten die Grünen auf einem „Länderrat“ in Berlin u.a. über ihre Positionen zum Bundeswehreinsatz auf dem Balkan. Mitte Oktober führt die CDU in Karlsruhe ihren Bundesparteitag durch, eine Woche später, am 22. Oktober, sind in Berlin die nächsten Wahlen. Im November führt die SPD in Mannheim ihren Bundesparteitag durch.

Kleine, wichtige Aktionen

Die Beteiligung am Antikriegstag war schwach, aber die Beiträge zum Widerstand waren wichtig

Mit Ausnahme von vielleicht Berlin — hier demonstrierten vor der Neuen Wache über 1000 Menschen gegen die Militärintervention der Nato und der BRD in Jugoslawien — blieben die meisten Kundgebungen und Demonstrationen am 1. September, dem Antikriegstag, klein. Die Ausweitung des jugoslawischen Zerteilungskrieges durch die Nato, der erste Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach 1945, ausgerechnet am Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen am 1.9.1939, trieb nicht viele Menschen auf die Straße. Im großen und ganzen blieb der harte Kern der radikalen Linken unter sich. Doch läßt das umgekehrt den Schluß zu, daß sich die Kriegspartei auf einen starken Konsens stützen und die Antikriegsopposition sich in einer hoffnungslos isolierten Lage befindet?

Daß starke Kräfte in der SPD die Militärintervention Deutschlands offen unterstützen, daß Teile der Grünen unter Aufgabe ihrer pazifistischen Traditionen zur Kriegspartei überlaufen, das macht die Situation für den Widerstand allerdings sehr schwer. Auch stimmt bedenklich, daß die Unterstützung, die die Antikriegsopposition derzeit aus der Bundestagsgruppe der PDS erhält, viel zu schwach ist.

Wir dokumentieren im folgenden — stark gekürzt — Auszüge aus Reden, die die Bundestagsabgeordneten Marlies Dobberthien (SPD), Angelika Beer (Bündnis 90/Die Grünen) und Winfried Wolf (PDS) auf Kundgebungen zum Antikriegstag in Hamburg, Kiel und Köln gehalten haben und in denen sie, mit unterschiedlichen Argumenten, ihr Nein

zum Kriegseinsatz der Bundeswehr und der Nato in Jugoslawien begründen. Die Opposition gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist auch in der SPD noch nicht zum Schweigen gebracht. Bei Bündnis 90/Die Grünen stößt der Versuch, die Partei auf die kritische Unterstützung der deutscher Kriegspolitik zu verpflichten, auf die Bereitschaft, pazifistische Grundpositionen in der aktuellen Auseinandersetzung zu behaupten. In den Positionen der PDS findet die Antikriegsopposition wichtige Anhaltspunkte. Die Demonstrationen und Kundgebungen am 1. September blieben noch klein und fanden kaum Niederschlag in den Medien; doch sie waren trotz allem Ansatzpunkte für die Entwicklung des notwendigen Widerstandes. — (scc)

Angelika Beer, MdB,
(Bündnis 90/Grüne) in Kiel

(...) Heute stehen wir vor einer kaum noch aufhaltbaren Wende, der wir aller Widerstand entgegensetzen müssen. Gerade der Krieg in Ex-Jugoslawien und die aktuelle Zuspitzung zeigen, daß Militärbündnisse, aber auch internationale Organisationen oder die EG Mitverursacher sind, weil sie jahrelang ihre eigene Interessenpolitik betrieben haben, anstatt alle Mittel der nichtmilitärischen Konfliktregulierung einvernehmlich einzusetzen. Deutschland trifft hier durch die Betreibung der Anerkennungspolitik von Kroatien und Slowenien eine besondere Schuld.

Um die politische Unfähigkeit zu verdecken und endlich „Handlungsfähigkeit“ unter Beweis zu stellen, schickt die Bundesregierung deutsche Krisenreaktionskräfte in einen Krieg, der damit — und mit der Entsendung der schnellen Eingreiftruppe — weiter an Schärfe zugenommen hat. Die Nato befindet sich heute in der größten Angriffsphase seit ihrem Bestehen. Spätestens seit der wohlwollenden und zum Teil aktiven Unterstützung vor allem der USA und Deutschlands für die Kroaten bei dem Rückeroberungsfeldzug in der Krajina ist die Nato Kriegspartei. Eine Kriegspartei, die zur Rechtfertigung von 500 Luftangriffen in nur drei Tagen ein Bild des Allein-„Schuldigen“ braucht. Der Preis dafür ist hoch: Ethnische Säuberungen durch die Kroaten und die größte Flüchtlingswelle der in der Krajina lebenden Serben wurden bagatellisiert. (...)

Es gibt nur noch ein Feindbild, „die Ser



Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 2
Antikriegstag ...

ben“, und die Gleichsetzung der serbischen Bevölkerung mit dem bosnischen Serbenführer Karadžić. Eine solche Politik der Einseitigkeit wird nicht dazu beitragen, den Menschen in Ex-Jugoslawien eine Basis für ein späteres gemeinsames Leben und Miteinander-Auskommen zu schaffen.

UNO und Nato sitzen in einer – militärischen Strukturen eigenen – Glaubwürdigkeitsfalle. Um das eigene Ansehen wiederherzustellen, wird auf militärische Stärke gebaut. In der logischen Konsequenz mußte diese auch eingesetzt werden. Dies führt zu Gegenreaktionen des Kriegsgegners und setzt so eine Spirale militärischer Gewalt frei, deren Opfer in erster Linie die Zivilbevölkerung, die Menschen sind. (...)

Setzen wir dieser fatalen Entwicklung unsere Solidarität mit allen Völkern dieser einen Welt entgegen. Unterstützen wir Kriegsflüchtlinge und Deserteure! Kämpfen wir weiter für eine Gesellschaft, die sagt: Nie wieder Krieg! Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz! Reduzierung und Abschaffung der Bundeswehr und Auflösung der Nato in Gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen! Beendigung des Aufbaus der Krisenreaktionstruppen, und streiten wir weiter für ein Verbot des Rüstungsexportes! (...)

Kriege sind die Folge einer fatalen Politik. Das heißt für uns: Lassen wir uns nicht für eine jahrelange egoistische Politik in die Pflicht nehmen, indem wir nun auch noch unsere Zustimmung zu Kampfeinsätzen geben ... Die steigende Zahl von Kriegsdienstverweigerern sollte uns alle ermutigen, für einen Frieden ohne Waffen zu streiten. Der Friedenswille hängt von dem politischen Willen ab, jetzt die Militarisierung deutscher Außenpolitik zu stoppen.

Die Partei Bündnis90/Die Grünen trägt in der aktuellen Auseinandersetzung um militärisches Eingreifen in Ex-Jugoslawien eine besondere Verantwortung. Die Grünen sind aus der Friedensbewegung entstanden – ihre Glaubwürdigkeit stützt sich gerade auch auf eine konsequente Zivilisierung der Außenpolitik, die Entwicklung nichtmilitärischer Konfliktmechanismen und das konsequente Eintreten für die Menschenrechte. Eine von manchen geforderte Abkehr von diesen außen- und sicherheitspolitischen Grundsätzen hätte die Folge, daß nach der SPD eine weitere Oppositionspartei aus machstrategischen und wahltaktischen Überlegungen letztlich auf Regierungskurs umschwenkt. Die Partei wäre danach eine andere. Es lohnt sich also für alle – auch für Nicht-Grüne –, gegen diese versuchte Wende zu argumentieren.

**Marlies Dobbertin, MdB,
(SPD) in Hamburg**

(...) Der Beschluß des Deutschen Bundestages von Ende Juni 1995 hat eine unerhörte Kehrtwende in der Außen- und Militärpolitik eingeleitet. Das weiße Prinzip der Selbstbeschränkung wurde aufgegeben. Erstmals nach 1945 werden nun deutsche Kampfverbände außerhalb der Nato einsetzbar sein und sind bereits eingesetzt. Das erfüllt mich mit Entsetzen. Ich habe mit Nein gestimmt, weil ich nicht der Meinung bin, der Friede sei mit Waffen erzwingbar. Genausowenig wie ich möchte, daß mein Kind auf Menschen schießt, die uns nicht angegriffen haben, oder von ihnen erschossen wird, genausowenig möchte ich, daß Euer Sohn, Ihr Sohn in das Kriegsgeschehen mit einbezogen wird. Auch ich habe die Pflicht, die kör-

perliche Unversehrtheit der jungen Menschen meines Landes zu schützen.

Die anhaltende Kontroverse um den Krieg in Jugoslawien zeigt, wie hilflos und ratlos in Wahrheit die Völkergemeinschaft ist. Dem gescheiterten Somalia-Einsatz folgt nun die jugoslawische Tragödie. Dort hat nicht einmal das Waffenembargo funktioniert, und ein Energieembargo wurde gar nicht erst verhängt. Obwohl die supergenauen Aufklärungssatelliten die Schleichwege des internationalen Waffennachschubs genau kennen, wurden diese Wege nie verstopft. Dabei gibt es nur eine einzige Möglichkeit, wenn man den Krieg austrocknen will: Man muß den Zufluß von Waffen und Material rigoros unterbinden. Aber das ist nie geschehen.

Wir finden heute im ehemaligen Jugoslawien eine nahezu ausweglose Lage vor. Die Situation ist total verfahren, die Glaubwürdigkeit der UNO vollständig ramponiert. Die Rettung und das Heil wird nun in der Gewalt gesucht. Die jüngsten Luftangriffe der Nato sind Ausdruck des Scheiterns einer politischen Lösung. Aber der Friede wird nicht herbeizubomben sein. Vermutlich gibt es in Wahrheit tatsächlich nur die Alternative: richtig hineingehen, wie die Bellizisten meinen, oder sich völlig herauszuhalten. Ich jedenfalls bin der Meinung, wir sollten uns heraushalten.

Die Bundesregierung und die EU haben in ihrer bisherigen Jugoslawienpolitik schwere Schuld auf sich geladen. Die viel zu frühe Anerkennung von Teilstaaten, ohne Sicherung der Rechte der jeweils verbleibenden Minderheiten und der gewaltfreien Trennung der Republiken voneinander haben den Konflikt nur verschärft statt gemildert. Und nun, in dieser Situation, redet der Kanzler von der Pflicht, deutsche Kampfverbände zum Einsatz kommen zu lassen, nachdem die ihn tragenden Parteien eifertig den entsprechenden Beschluß herbeigeführt haben. Aber ich sage, es darf für niemanden eine Pflicht geben, auf andere Menschen zu schießen. Denn wo endet eine solche Pflicht. Gestern in Somalia, heute in Ex-Jugoslawien und morgen etwa im unruhigen Kaukasus?

Mindestens 345 Mio. Mark wird uns das Militärabenteuer kosten, obwohl überall die Kassen leer sind. Ich meine nicht, an der Sozialhilfe sollte gespart werden, sondern bei solcher Art militärischer Vorhaben.

(...) Ich fürchte, daß hinter dem deutschen Engagement in Ex-Jugoslawien ganz andere Interessen stehen. Es geht um einen Platz, einen ständigen Platz im Weltsicherheitsrat ... Wir sind wieder wer, hört man jetzt häufiger. Schluß soll sein mit Schuld und Scham aufgrund nationalsozialistischer Verbrechen. Statt die einmalige Chance einer weltweiten Abrüstung unverzüglich zu nutzen, werden der Bundeswehr dagegen sogar neue Aufgaben zugeordnet. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 aus dem Hause Rühe wollen „deutsche Interessen“ „im erweiterten geographischen Umfeld“ gewahrt sehen und verstehen darunter auch den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Märkten, und zwar weltweit. Wehret solchen Anfängen! Wo sie enden, ist uns allen gut bekannt. (...)

**Winfried Wolf, MdB (PDS)
in Köln**

(...) Warum aber finden antimilitaristische Argumente heute weit weniger offene Ohren als 1990/91 (im Golfkrieg – Red.)?

Das Saddam-Hussein-Regime war und ist schlimmer als die blutigen Kriegsherren Karadžić und Mladić im



serbischen Bosnien. Die Situation des Irak-Regimes, das Kuwait überfiel, war ideal für ein Gut-Böse-Schema. Auf dem Balkan ist das heute anders.

Vor wenigen Wochen überfiel der dritte blutige Kriegsherr, Herr Tudjman, die Krajina. Mehr als 150 000 Serben und Serbinnen wurden vertrieben. Diese lebten dort seit 500 Jahren. (...) Doch die Krajina-Vertreibung löste keinen Nato-Angriff aus. Sie ist heute nicht einmal mehr Thema, obwohl weiterhin zehntausende serbische Flüchtlinge herumirren, während über ihnen die Nato-Bomber kreisen.

Warum also finden unsere Argumente so wenig offene Ohren? Ich sehe zwei Unterschiede zu 1990:

Im Golfkrieg 1990/91 war die deutsche Regierung ambivalent. Deutsche Unternehmen hatten mit Wissen der Bonner Regierung das Saddam-Regime aufgerüstet. Ölinteressen und die schärfere werdende Konkurrenz zwischen den USA und der europäischen Macht Nummer 1, der BR Deutschland, spielten eine Rolle. Unser Protest hatte hier einen Resonanzboden. Das ist heute in Ex-Jugoslawien völlig anders. Die deutschen Interessen sind eindeutig: Seit dem Kaiserreich und im NS-Regime gab es die traditionelle Unterstützung für Kroatien. Das ist heute in Bonn nicht anders, auch wenn sich das Tudjman-Regime auf faschistische Traditionen bezieht. Das *Bulletin of the Atomic Scientists* stellte 1994 fest: „Die meisten Waffen in Kroatien stammen aus den ostdeutschen Depots.“

In dem neuen Buch von Erich Schmidt-Eenboom über Klaus Kinkel mit dem Titel *Der Schattenkrieger* findet sich ein ganzes Kapitel zum BND und Jugoslawien. Darin wird geschildert, wie der Bundesnachrichtendienst unter Kinkel seit den achtziger Jahren die Spaltung Jugoslawiens betrieb und auf die „kroatische Karte“ setzte.

Der zweite Unterschied: 1990/91 war die Militarisierung der deutschen und der westlichen Politik noch nicht so weit fortgeschritten wie heute. Noch gab es eine Rest-Rücksichtnahme auf die Brüder und Schwestern, die gerade

„angeschlossen“ wurden. Die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ klang noch in manchem Ohr. Das ist heute anders. Krieg wird als legitim und als Fortsetzung der Politik betrachtet. (...)

Uns bleibt die Losung „Trotz alledem“.

Wir fangen in vielerlei Hinsicht von vorn an: mit Überzeugungsarbeit, mit dem Sammeln neuer Kräfte, mit dem Versuch, der schlimmsten Kriegshetze Paroli zu bieten. Mit dem Bemühen, bei Jugendlichen eine neue antimilitaristische Bewegung zu entwickeln. Mit den Anstrengungen, den Fortgang der Demoralisierung in den eigenen Reihen zu verhindern.

Doch unsere Vorbilder im Kampf gegen Krieg und Imperialismus standen nicht anders da. 1914 zog Deutschland begeistert in den Krieg. Vorausgegangen war ein Balkan-Krieg und ein Massaker in Sarajewo. Die Sozialdemokratie zog mit in diesen Krieg. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht schienen völlig isoliert. Doch sie sagten: Nein zum Krieg, nein zum Imperialismus! Genau dies sagen wir heute auch. Und genau dies werden wir morgen sagen: Nein zum Krieg!

Soldaten sind Mörder – schon immer in solchen Kriegen. Aber sie sind auch Werkzeuge. Die Bundeswehrosoldaten in Piacenza und Split werden wie Söldner mit Sonderzulagen für den Kriegsdienst gewonnen. Die Schreibtischstrategen jedoch, die diese Kriege steuern, die neuen Kriege anzetteln, die an ihnen verdienen, die neue Atomtests durchführen und „smarte“ Atombomben entwickeln – die sind die Verkörperung des Unmenschen – sei es in der Bonner, in der französischen oder in der US-Regierung, sei es in den Chefetagen von Daimler, Dasa, bei „Bild“ oder beim „Express“.

Nein zum Krieg!

Deserteure aller Länder und Hautfarben – vereinigt Euch!

Und seien wir noch so isoliert: Hoch die internationale Solidarität – der Kriegsgegner und der Friedensfreunde und -freundinnen!

Heftiger Kampf um den Tarifvertrag bei VW

Der Konzern will seine Arbeitskräfte frei verfügbar haben, die IGM „Beschäftigungssicherung“

Passend zu den Tarifausschließungen bei VW meldete sich der Verband der Automobilindustrie zu Wort. Die Vorsitzende Erika Emmrich erklärte, weitere zehntausende von Beschäftigten müssten entlassen werden, wenn nicht Tarifpartner und Politik Schritte durchsetzen, um insbesondere die Lohnkosten kräftig zu senken. (*Handelsblatt*, 30.8.) VW gibt seinen Halbjahresbericht heraus und alle Welt bescheinigt einen besorgniserregenden Zustand, obwohl statt 200 Mio. Verluste in 1994 nach dem ersten Halbjahr 1995 113 Mio. DM Gewinn ausgewiesen werden. Noch aussagekräftiger ist die Zahl der für 1996 geplanten Investitionen, die bei 2,25 Mrd. DM liegen (plus 34%) und sämtlich aus dem Cash-flow bedient werden. (*HB*, 30.8.)

Seit Jahren wird von weltweiten Überkapazitäten der Automobilkonzerne von etwa 10 Millionen Einheiten ausgegangen. In den Automobilkonzernen entwickelt sich eine Spirale von Rationalisierung, Arbeitsintensivierung und Lohnkostensenkung. Jede Menge Komponenten wurden bei VW samt Kostendruck und Arbeitsintensivierung an Zulieferer gegeben. Innerbetrieblich sind große Teile durch die Bildung von Cost-Centern zu Zulieferern geworden.

Auf den anstehenden Bereinigungsprozess bereitet sich der VW-Konzern jetzt trotz 8,8% höherer Umsätze gegenüber dem ersten Halbjahr 1994 mit einem umfassenden Angriff auf tarifliche Rechte der Beschäftigten vor. Zielrichtung: In 14 Tagen soll jeder Kundenwunsch befriedigt werden; jegliche tarifvertragliche Hürde auf diesem Weg muß aus dem Weg geräumt werden.

Nach der vierten Verhandlungsrunde am 29. und 30. August will der Vorstand weiterhin unbezahlte Mehrarbeit von bis zu 2,4 Stunden die Woche. Die Erhol- und Verteilzeiten von acht Minuten pro Stunde in der Produktion sollen gestrichen werden. Ein zentrales Ziel ist auch die Durchsetzung von Arbeitszeitchecks, die Jahres- und Lebensarbeitszeit verbinden und somit Totalflexibilität ermöglichen. Die Zuschläge für Samstagsarbeit sollen von 50 auf 25% Prozent gesenkt werden, wobei der Vorstand den Zugriff auf ein bestimmtes Kontingent von Samstagsarbeit regeln will. Der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen soll entfallen, statt dessen soll ein betrieblicher Rentenbaustein entstehen, mit dem die Verluste aus einem gleitenden Arbeitsanstieg teilweise aufgefangen werden. Zusätzlich soll ein umfassender Abbau

von Regelungen im Ausbildungsbereich durchgesetzt werden.

Bei Umsetzung dieser Forderungen wird der IG Metall im Gegenzug angeboten, die Beschäftigungssicherung auf Basis der 28,8 Stundenwoche fortzusetzen. Schon vor zwei Jahren haben die Beschäftigten die etwa 20%ige Arbeitszeitreduzierung fast gänzlich aus Lohnbestandteilen bzw. sozialen Leistungen finanziert. VW will ein zweites Mal kassieren. Die damals wie heute geplante Reduzierung der Belegschaft um 30000 mittels eines Sozialplanes hätte VW nicht finanzieren können. Die Arbeitszeitreduzierung war demgegenüber fast kostenneutral und hat die Verringerung der Beschäftigtenzahl in der AG von Juni 1994 zu 1995 um 4000 nicht verhindern können.

In der Konzentration auf die Beschäftigungssicherung liegt das Dilemma der gewerkschaftlichen Tarifpolitik bei VW. Einerseits verhindert diese Beschäftigungssicherung keinen Belegschaftsabbau. Andererseits orientiert sie sich an der vorhandenen Beschäftigung, den vorhandenen Strukturen, sie basiert auf der Notwendigkeit wachsender Marktanteile bei fortgesetzter Rationalisierung. Es besteht die Gefahr, gegenüber den konkreten Bedin-

gungen der Arbeit blind zu werden. GBR-Vorsitzender Volkert: „Wenn Beschäftigungssicherung gewährleistet wird, kann man auch über Konzessionen reden“ und: „Warum soll etwa ein Angestellter nur in Normalschicht arbeiten? Auch in diesen indirekten Fällen reich kann man zum Schichtbetrieb übergehen, das Arbeitsspektrum erweitern und dritten anbieten.“ (*Die Welt* vom 1.9.95) Und auch Klaus Zwick hat schon aus der Ferne „tarifpolitisches Neuland“ angeboten. Beispielsweise die Umwandlung der tariflich vermögenswirksamen Leistungen in Rentenbausteine. (*HB*, 31.8.95)

Demgegenüber ist bis zum 4.9. nicht über die Forderung einer sechsprozentigen Lohnerhöhung gesprochen worden. Die letzten drei Jahre haben enorm Reallohnverluste gebracht, und die Ankündigung der IG Metall, den Samstag frei zu halten, die Erholzeiten zu sichern und eine Lohnerhöhung durchzusetzen, hat die Basis einer Beteiligung von teilweise über 90% an den Warnstreikaktionen gelegt, die teilweise einen ganzen Tag gingen. Nachgiebigkeit an diesen Punkten würde vielleicht eine Beschäftigungssicherung einbringen, unter deren Bedingungen aber die Arbeit unerträglich würde. — (rog)

VW-Arbeitsdirektor Hartz zu den nächsten Zielen des Konzerns

„Volkswagenwoche“ und andere „Freiheiten“

In der Zeitung des VW-Konzerns „*Auto-gramm*“ hat Arbeitsdirektor Peter Hartz ein längeres Interview zu den tarifpolitischen Zielen von VW gegeben. Im folgenden Auszüge.

■ Wie hat sich die Belegschaft die Ziele der Unternehmensleitung konkret vorzustellen?

Der erste und wohl wichtigste Ansatz unseres Programms zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen bei Volkswagen im Inland besteht in einer für europäische Verhältnisse immer noch ganz besonders ehrgeizigen Zielsetzung: Jeder Volkswagen in 14 Tagen zum vereinbarten Termin beim Kunden! Das wollen wir erreichen. Wir wollen alle Signale und Prozesse auf das atmende Unternehmen einstellen. „Atmen“ heißt: Jede Marktchance, jede Nische, jede Saisonspitze, jedes Flottengeschäft, jeden Export mitnehmen zu können. Der „entgangene“ Auftrag, der „verlorene“ Kunde soll der Vergangenheit angehören.

An der Tarifpolitik soll die Belegung der Werke mit Produktion und Beschäftigung nicht scheitern. Um das alles herbeiführen zu können, brauchen wir die Weiterentwicklung der 28,8 Stundenwoche zur „Volkswagenwoche“ und den Ausbau der Gleitzeit. (...)

Ein zweiter sehr bedeutender Baustein zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen bezieht sich auf den Personalkostenabstand zu anderen Standorten in Europa. Das Unternehmen ist im Rahmen seiner strategischen Entscheidungen in den kommenden Jahren zu der Zuweisung neuer Beschäftigungsumfänge für die deutschen VW-Standorte bereit. Aber unser Personalkostennachteil kann dabei nicht nachhaltig erhöht und nicht weiter verschärft werden. (...)

Bei der Volkswagenwoche geht es im Kern um folgendes: Wir wollen die Volumenmodelle Golf, Polo und Passat in 14 Tagen liefern, ohne sie für den Kun-

den zu verteuern. Kernstück bleibt die — auf wesentliche Arbeitszeitmodelle konzentrierte — 28,8 Stundenwoche. Neu eingeführt werden soll eine „Flexibilitätskaskade“. Dabei vollzieht sich unsere Beweglichkeit strikt in folgender Reihenfolge: Zuerst werden die Stunden pro Tag ausgeschöpft. Danach wird zu mehreren Schichten pro Tag übergegangen. Reicht auch das nicht mehr, nehmen wir zusätzliche „Normaltage“ pro Woche in Anspruch. Brauchen wir noch mehr, arbeiten wir am Sonntag. Das letzte Mittel zum Atmen besteht dann darin, Volumen auch an andere Standorte zu geben. (...)



■ Kommen wir zu der „Stafette für Generationen“.

Ältere helfen durch einen gleitenden Übergang in den Ruhestand, daß schrittweise Arbeitsplätze frei werden für einen gleitenden Berufsbeginn Jüngerer. Für die Ausgebildeten ist dieses über die Einkommensstufen von 18, 20 und 24 Wochenstunden „wachsende“ Arbeitsverhältnis zumutbar.

Positionen aus dem Ausbildungsbereich in Hannover

Die IG Metall zu den Vorstandsabsichten gegen die Auszubildenden bei VW

In der ersten Runde der Tarifverhandlungen bei Volkswagen hat der Vorstand seine Vorstellungen von angeblich notwendiger Veränderung der Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik klar auf den Tisch gelegt. (...)

Zu den Verhandlungspunkten im einzelnen:

1. Seit der letzten Verhandlungsrunde um die Anzahl der Ausbildungsplätze ist klar, daß Volkswagen die berufliche Erstausbildung nicht als Maßnahme der Personalentwicklung im Unternehmen begreift, sondern eine Art „Pool“ für den zukünftigen Fluktuationsersatz. ... Etwa nach dem Motto: Lieber eine Neueinstellung mit befristetem Arbeitsvertrag, als einen teuren Auszubildenden mit Übernahmegarantie auf unbefristete Zeit.

2. Deshalb ist auch die bisherige Übernahmegarantie für alle Ausgebildeten ein weiteres zentrales Problem für den Vorstand. Der Vorstand sieht Einstellungen auf befristete Zeit als wesentlich effizienter an. Als sinnvoller Weg wird die Auswahl von „Top-Auszubildenden“ angeführt.

Der dadurch entstehende Konkurrenzkampf unter den Jugendlichen, der jeglichen Teamkonzepten in der Ausbildung widerspricht, wird völlig außer Acht gelassen.

3. Gleichzeitig will Volkswagen mit der Veränderung der Übernahmeregelung auch generell eine Mobilitätsverpflichtung für Ausgebildete im Tarifvertrag festschreiben. Damit wäre nicht mehr das „Heimatwerk“ als zu übernehmendes Werk definiert, sondern der Vorstand hätte somit den Zwang zur Mobilität erweitert.

4. Eine Absenkung der Ausbildungsvergütungen auf das Niveau der niedersächsischen Metallindustrie ist für die IG Metall völlig unakzeptabel. Die bestehende prozentuale Anbindung der Ausbildungsvergütung an die Struktur

des gemeinsamen Entgelttarifvertrages ist einer der großen Erfolge der Tarifpolitik bei Volkswagen.

Die Kürzung und Abspaltung der Ausbildungsvergütungen vom gemeinsamen Entgelttarifvertrag würde das einheitliche Entgeltsystem praktisch zerstören.

5. Die beschäftigungssichernde Wirkung des Stafettenmodells wird vor uns nach wie vor als gering eingeschätzt.

Vor allem aber halten wir die Preisgabe des einheitlichen Arbeitsverhältnisses bei VW gegenüber den äußerst dürftigen Effekten für mehr als problematisch. (...)

6. Eine Veränderung bzw. die beabsichtigte Verschärfung der Einstellungskriterien bei der Auswahl der Auszubildenden ist völlig unbegründet. (...)

Zukünftig sollen offensichtlich nur noch Jugendliche bei Volkswagen eine Chance bekommen, die sich von vornherein mit Haut und Haaren, mit unbegrenzter Flexibilitäts- und Mobilitätsbereitschaft an das Unternehmen ausliefern.

Fazit: (...) Der Vorstand zielt auf eine Vielzahl qualitativ unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse, die sich in Bezug auf Vergütung, Länge der Arbeitszeit, Dauer des Arbeitsverhältnisses und Flexibilitäts- und Mobilitätszumutungen unterscheiden.

Liest man hier zwischen den Zeilen, wird das neue Konzept der Beschäftigungspolitik des Volkswagen-Vorstandes erkennbar.

Es geht konkret um die Aufspaltung der Belegschaft in privilegierte Stammbesellschaften in den einzelnen Werken einerseits, die durch flexibel anzuheuernde und einsetzbare Randbesetzungen andererseits ergänzt werden sollen, wenn dies zur Abarbeitung von Konjunktur- und Auftragsspitzen notwendig ist.

Ping-Pong mit Menschen am Rhein-Main-Airport

Innenminister Kanther tobt über Verfassungsrichter, die seine Abschiebepolitik behindern

Als „nicht mehr nachvollziehbar“ hat Bundesinnenminister Kanther am 24. August eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts angegriffen, in der dieses die geplante Abschiebung von sieben hungerstreikenden sudanesischen Flüchtlingen in ihr Herkunftsland im letzten Augenblick gestoppt hatte. „Es bestehe die Gefahr, daß ein wesentlicher Bestandteil des Asylkompromisses — die Flughafenregelung — in sich zusammenbreche, wenn bei den Schlepperorganisationen auch nur die Chance aufdämmere, daß nach mißbräuchlicher Einreise und spektakulären Hungerstreikaktionen unter Hinweis auf Auswirkungen im Heimatland der Verbleib in der Bundesrepublik erzwungen werden könne“, so Kanther weiter.

Das enge Weltbild dieses Ministers kennt offenbar nur noch vorgetäuschte Fluchtursachen und „Schlepper“. Wirkliche Flüchtlinge, die aus wirklichen Gründen um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchten und deshalb in die BRD kommen, kommen darin nicht mehr vor.

Die sieben Sudanesen, deren Abschiebung in diesem konkreten Fall das Verfassungsgericht mit seiner Eilentscheidung bis zum 8. September aufgeschoben hat, waren zusammen mit zwei weiteren sudanesischen Flüchtlingen zwischen dem 14. und 28. Juli aus dem Bürgerkriegsland kommend in Frankfurt mit gefälschten Papieren eingereist und hatten sofort nach ihrer Ankunft Asyl beantragt. Im Rahmen des sog. „Flughafenverfahrens“ lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge am 31.7. bzw. 1.8. alle Anträge ab, obwohl z.B. mindestens drei der Flüchtlinge nachweislich in ihrem Herkunftsland schwer gefoltert worden waren. Das darauf angerufene Verwaltungsgericht bestätigte die Urteile nur in sieben Fällen, zwei Sudanesen wurde die Einreise gestattet, um eine weitere Prüfung im normalen Asylverfahren zu ermöglichen.

Die sieben abgewiesenen sudanesischen Flüchtlinge traten daraufhin am 4. August in einen Hungerstreik, um auf ihre Not aufmerksam zu machen und ihren Wunsch, als Flüchtlinge anerkannt zu werden, zu unterstreichen. Am 23. August wurden sie in einer Frankfurter Klinik untersucht. Obwohl das Ergebnis bis zum nächsten Tag noch gar nicht vorlag und damit offen war, ob sie überhaupt flugfähig waren, sollten sie am 24. August abgeschoben werden. In letzter Sekunde erreichten sie eine Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die ihre gewaltsame Rückführung bis zum 8. September untersagte, u.a. weil womöglich durch den Hungerstreik und die Berichterstattung darüber eine zusätzliche Gefährdung der Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland entstanden sei.

Soweit die Vorgeschichte von Kanthers Ausbruch. Einen Tag, nachdem dieser Vorgang in der überregionalen Presse kurz gemeldet worden war, untersagte Kanther sämtlichen Pressevertretern den Zugang zu den sudanesischen Flüchtlingen und machte damit ein Interview eines der Flüchtlinge mit dem Hessischen Rundfunk unmöglich. Auf persönliche Weisung des Bundesinnenministers wies der Bundesgrenzschutz die Flughafen AG Frankfurt an, keine Pressevertreter mehr auf das Gelände zu lassen.

Der Sprecher von Pro Asyl, Heiko Kauffmann, wertete dieses Vorgehen des Bundesinnenministers als unglaublich.



Bild: Fotogruppe Rhein/Main

lichen Vorgang und Einschränkung der Pressefreiheit. Auf der einen Seite werde in Veröffentlichungen des Ministers unterschlagen, daß z.B. drei von diesen gefoltert worden seien, auf der anderen Seite würden die Flüchtlinge diffamiert und ihre Versuche, die Öffentlichkeit zu unterrichten, vereitelt. Pro Asyl appellierte an den Presserat, sich mit den Vorgängen am Frankfurter Flughafen auseinanderzusetzen.

Am 25. August beendeten die Sudanesen ihren Hungerstreik. In einer durch den Flughafensozialdienst verbreiteten Erklärung teilten sie mit, ihr Hungerstreik habe nur dazu gedient, auf ihre verzweifelte Lage hinzuweisen und um rechtliches Gehör zu bitten. Ihre Hoffnungen richteten sich nun auf das höchste deutsche Gericht, das über ihr Asylbegehren entscheiden werde. Diese Entscheidung soll bis zum 8. September ergehen.

Die Aufregung des Bundesinnenministers über die verhinderte Abschiebung der sieben sudanesischen Flüchtlinge hat freilich noch einen anderen Grund. Bei der 2. Kammer des Bundesverfassungsgerichts liegen inzwischen fast eintausend Verfassungsbeschwerden gegen das neue Asylrecht vor. Der Minister fürchtet offenbar, noch weitere Rückschläge bei seiner menschenverachtenden Abschiebepolitik hinnehmen zu müssen.

Welche Zustände das neue Asylrecht am Frankfurter Flughafen geschaffen hat, dokumentiert der folgende Artikel von Pro Asyl, den uns die Flüchtlingshilfsorganisation freundlicherweise zur Verfügung stellte und den wir in Auszügen dokumentieren. — (rül)

Justizlotto am Frankfurter Flughafen

Seit dem 1. Juli 1993 gilt das sogenannte Flughafenverfahren gemäß § 18a AsylVfG für neuankommende Asylsuchende, die auf Flughäfen ankommen. Durch die große Zahl der internationalen Flüge wird der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt zu einem Kristallisationspunkt der mit dieser Neuerung verbundenen Probleme. Ankommende

Flüchtlinge werden in einem gesonderten, ausbruchsicheren Gebäude interniert und vom Bundesgrenzschutz (BGS) rund um die Uhr bewacht. Dies ist der äußere Ausdruck dafür, daß sie im Flughafenverfahren zu bloßen Objekten staatlichen Handelns werden.

Um das neue Verfahren am Flughafen zu realisieren, wurde kein Aufwand gescheut. Die Kapazitäten des BGS wurden um ein Vielfaches erhöht, das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit einer Außenstelle am Flughafen angesiedelt. Das zuständige Verwaltungsgericht Frankfurt erhielt für dieses neue Verfahren drei zusätzliche Kammern mit neun Richtern samt des zugehörigen Verwaltungsapparates. Nach Einführung des Flughafenverfahrens Mitte 1993 stellten im zweiten Halbjahr 1993 1582 Personen Asylanträge auf den deutschen Flughäfen. Lediglich 175 Personen wurden nach einer Statistik des Bundesinnenministeriums zurückgewiesen. Im ersten Halbjahr 1994 stellten 1168 Personen Asylanträge auf dem Frankfurter Flughafen. Einreisen durften 1047 Personen, 77 Personen wurden zurückgewiesen.

Bereits vor dem Hintergrund dieser Zahlen stellt sich die Frage, ob dieses aufwendige Verfahren gerechtfertigt ist. Mit immensem materiellem und personellem Aufwand wurden schließlich, legt man die Zahlen des ersten Halbjahres 1994 für den Frankfurter Flughafen zugrunde, 1,4 % der Asylantragsteller ausgesondert und zurückgewiesen. Diese Menschen zu einem regulären Asylverfahren in einer sog. Erstaufnahmeeinrichtung zuzulassen, wäre eine einfache und unproblematische Verfahrensweise.

Schlimmer als der unvernünftige Aufwand des Schnellverfahrens auf dem Flughafen ist jedoch die schlechte Qualität der Entscheidungen des Bundesamtes und der Gerichte, die unter Zeitdruck arbeiten müssen. So haben Frankfurter Rechtsanwälte allein dreizehn Fälle dokumentiert, in denen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Anträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt hat mit der Folge, daß das Grenzschutz-

amt eine Zurückweisung verfügt hat. Am Ende des gerichtlichen Verfahrens stand dann jedoch in allen diesen Fällen die Asylanerkennung als Asylberechtigter. In mindestens elf weiteren Fällen sind Anerkennungen zu erwarten, da die Betroffenen nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Frankfurt einer Gruppenverfolgung unterliegen.

In mindestens zehn weiteren Fällen lehnte das Bundesamt die Asylanträge ebenfalls als „offensichtlich unbegründet“ ab. Die Zurückweisungsverfügung des BGS hatte jedoch im gerichtlichen Verfahren keinen Bestand. Die betroffenen Flüchtlinge erhielten aufgrund drohender Gefahren für Leib und Leben zumindest den Abschiebeschutz des § 53 AuslG. (...)

Geradezu zynisch erscheint der Umgang mit Menschen, die nach Auffassung des Bundesamtes bzw. der Gerichte bereits Sicherheit in Drittstaaten gefunden haben. Flüchtlinge, die aus einem Heimatland mit unmenschlichen Verhältnissen durch ein anderes Land fliehen und dort kaum bessere Verhältnisse vorfinden, werden ohne große Skrupel in diese Länder zurückgeschickt. (...) So wurde ein Somalier, der über den Jemen nach Deutschland kam, dorthin zurückgeschoben. Die jemenitischen Behörden verweigerten die Einreise und schickten den Flüchtling zurück. Ein zweiter Abschiebeversuch scheiterte schließlich am Flugpersonal, das sich weigerte, den Betroffenen unter diesen Umständen mitzunehmen. Vorläufige Endstation: Abschiebehaft.

Ähnliches Ping-Pong mit Menschen wurde auch in Fällen der angeblich sicheren Drittstaaten Äthiopien und Sudan gespielt. (...) In einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts heißt es sinngemäß, zwar werde höchstwahrscheinlich eine Rückführung an der Weigerung der äthiopischen Behörden scheitern, so daß wiederum eine Zurückschiebung nach Deutschland zu erwarten sei, dies sei aber kein Problem, da der Betroffene hierdurch „nicht beeinträchtigt“ werde. (...)

Das Flughafenverfahren trägt Merkmale eines Inquisitionsprozesses. Dem Betroffenen wird weder der Verfahrensablauf erklärt, noch ist die Prozedur der Einholung von Beweismitteln durchsichtig. (...) Eine nicht weniger problematische Praxis der Gerichte: Die Einzelrichter holen telefonische Auskünfte über die Verhältnisse im Heimatland der Flüchtlinge bei amnesty international oder Sachverständigen ein. Die Betroffenen und ihre Anwälte erfahren davon nichts oder erhalten nur minimale Zeit zur Stellungnahme. (...) In einem Fall ergaben Recherchen des Anwalts, daß der vom Gericht im Ablehnungsbeschuß wiedergegebene Inhalt eines Telefongesprächs mit einem Sachverständigen von diesem nicht bestätigt wurde. Zu spät: Der betroffene Flüchtling war längst auf dem Rückflug. (...)

Bei der zuständigen Kammer des zweiten Senats (des Bundesverfassungsgerichts, d. Red.) waren im Februar 1995 rund 800 Verfassungsbeschwerden zum neuen Asylrecht anhängig. Dies ist ein deutliches Signal an den Gesetzgeber: Nicht nur beim Flughafenverfahren bleiben sowohl die Menschenwürde als auch die Rechtsstaatlichkeit auf der Strecke.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Pro Asyl, Frankfurt am Main.

„Hervorragendes Sturmgewehr“

Deutsche Waffen sind bei allen Kriegsparteien auf dem Balkan besonders beliebt. Von Martin Jung

Im August 1994 veröffentlichte der *Spiegel* Zahlen über Waffenlieferungen an die Kriegsparteien in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die auf Angaben von Paul Beaver vom britischen Militärfachverlag „Jane's Information Group“ beruhten. Danach seien die GUS und Deutschland die Hauptlieferanten. Etwa die Hälfte aller nach Kroatien gelieferten Waffen stammten aus Deutschland. So seien von April 1992 bis April 1994 aus Deutschland Waffen für 320 Millionen \$ an die kroatische und für 6 Millionen \$ an die moslemische Kriegsseite gegangen, während die GUS hauptsächlich die serbische Kriegsseite unterstützte. Insgesamt seien in diesen zwei Jahren Waffen für 1,3 Milliarden \$ ins Kriegsgebiet gekommen. Dagegen gibt die britische Zeitschrift *Economist* sogar ein Volumen von 2 Milliarden \$ jährlich an.

Solche Zahlen beruhen natürlich auf Schätzungen. Tatsächliche Waffenlieferungen werden selten bekannt. Aber aus der Zahl der versuchten Waffenlieferungen, die im Zoll hängengeblieben oder schon im Vorfeld aufgefliegen sind, kann man auf eine riesige Dunkelziffer hochrechnen, denn die Kontrollen sind äußerst lasch.

Auf einer Reise nach Slowenien, Kroatien und Serbien im Jahre 1993 passierten wir mit einem mit Taschen bis zum Dach vollgepackten Kombi neun Grenzübergänge zwischen sechs Ländern, davon drei unter Waffenembargo. Nicht ein Zollbeamter wollte unser Gepäck sehen. Statt unserem Reisegepäck hätten wir so auch bis zu 50 Maschinengewehre transportieren können.

Und vieles spricht dafür, daß solche Schmuggelaktionen an der Tagesordnung sind.

Umgekehrt kann man das Ausmaß des Waffenschmuggels errahnen, wenn man durchs Kriegsgebiet fährt. Vor allem Maschinengewehre der Marke Heckler & Koch sieht man dort immer häufiger auf allen Seiten.

Im Dezember 1994 erschien in der kroatischen Zeitung *Globus* ein großer Artikel über die Bewaffnung der kroatischen Armee: „Obwohl die Infanterie weiterhin hauptsächlich mit verschiedenen Versionen der russischen „Kalasnikov“ AK-47 bewaffnet ist, dominiert seit kurzem, wie auf Photos in der Zeitschrift *Hrvatski Vojnik* zu sehen war, das hervorragende deutsche Sturmgewehr Heckler & Koch G3.“

Auch auf der moslemischen und der serbischen Kriegsseite sind die Heckler & Koch-Gewehre beliebter als die Kalasnikovs aus russischer, rumänischer, jugoslawischer oder ostdeutscher Produktion.

Doch nicht nur auf dem Balkan wird mit der G3 geschossen. In Peru schießt sowohl die Armee als auch „Sendero Luminoso“ mit der G3, die mexikanische Armee schießt mit der G3 Aufständische nieder, die nicaraguanischen Contras schossen mit der G3, und der Iran hatte die G3 im Golfkrieg im Einsatz. Nicht alle diese Gewehre wurden im Heckler & Koch-Werk in Oberndorf im Schwarzwald produziert. Seit 1961 wurden Lizenzen für den Bau der G3 in 13 Staaten vergeben, darunter Pakistan, Iran, Türkei, Saudi-Arabien, Thailand, Griechenland, Mexiko und Burma.

Eine andere Waffe, die im Krieg in Jugoslawien eingesetzt wird, ist die „Panzerfaust Armbrust“. Dabei handelt es sich um eine tragbare Waffe, mit der Raketen abgeschossen werden, die einen Panzer zerstören können. Die



Text- und Bildplakat von: Arbeitskreis antilperialistische Solidarität (AKAS), c/o Infoladen Moskito, Alte Bergheimer Straße 7a, 69115 Heidelberg.

„Armbrust“ war in den siebziger Jahren bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm für die Bundeswehr entwickelt worden. Die Bundeswehr wollte die „Armbrust“ dann aber doch nicht einführen. Später wurde die Lizenz für den Bau der Armbrust nach Singapur vergeben.

Im Sommer 1991 gab Slowenien rund 50 Millionen \$ für Waffenimporte aus. Neben sowjetischen Raketen wurden z. B. Panzerfauste vom Typ „Armbrust“ sowie „Heckler & Koch“-Maschinengewehre — möglicherweise ebenfalls aus einer Lizenzproduktion — eingekauft. Auch die bosnische Armee hat sowohl die Panzerfaust „Armbrust“ als auch Heckler & Koch G3-Maschinengewehre (vermutlich aus einer der vielen Lizenzproduktionen) im Einsatz.

Anfang 1992 erhielt die kroatische Nationalgarde eine Lieferung von Panzerfausten und Sturmgewehren aus Singapur. Bei den Panzerfausten handelte es sich um die Typen Ultimax 100 MkIII und „Crossbow“ (so die englischsprachige Bezeichnung für die in MBB-Lizenz produzierte „Armbrust“). Letztere war sowohl bei der kroatischen Armee als auch bei der HOS (einer Privatarmee der rechtsextremen Partei HSP,

die von Söldnern unter anderem aus Deutschland unterstützt wurde) im Einsatz und soll zur Zerstörung von bis zu 200 Panzern und Schützenpanzerwagen gedient haben. Auch Maschinengewehre der Typen MP 5 K und MP 5 SD von Heckler & Koch wurden bei kroatischen Verbänden eingesetzt. Deutsche Söldner bei der kroatischen „Brigade Tomislavgrad“ berichten, sie seien unter anderem mit Heckler & Koch G3-Gewehren ausgerüstet, die offenbar aus der Türkei kämen.

Die britische Zeitung *The Independent* berichtete, die serbischen Milizen in Bosnien-Herzegowina seien mit Jagdgewehren und leichten Maschinengewehren der Marke Heckler & Koch ausgerüstet. Serbische Behörden hätten der Zeitung gegenüber bestätigt, daß die letzte Ladung 1992 nach Belgrad verfrachtet worden sei. Die G3-Gewehre, so der *Independent*, stammten aus Oberndorfer Produktion. Heckler & Koch gab zwar zu, „daß eine kleine Menge von Jagdgewehren über ihre Vertretung in Belgrad ausgeliefert worden ist“, die Lieferungen seien aber mit Verhängung des Waffenembargos eingestellt worden. Die Firma stellte gegen

den *Independent* Strafantrag.

Am 26. 7. 1991 wurde der deutsche Journalist Egon Scotland in Kroatien von serbischen Heckenschützen ermordet. Wie das ARD-Magazin „Monitor“ herausfand, handelte es sich bei dem Gewehr um eine Kalasnikov AK 74 vom seltenen Kaliber 5,45. Dieses Gewehr war seit 1985 mit russischer Lizenz in Wiesa (DDR) gefertigt worden. Obwohl das Gewehr offiziell nicht exportiert werden sollte, gelangten viele Exemplare über Ungarn nach Jugoslawien.

Nach Angaben der ARD-Sendung „Monitor“ vom 24. 8. 1995 stammten mindestens zwei der Kampfflugzeuge vom Typ MIG-21 BIS der kroatischen Luftwaffe aus der Beständen der NVA der DDR. Anhand spezifischer Umbauten erkannten Wartungstechniker der ehemaligen Jagdfliegergeschwaders 8 der NVA die Flugzeuge eindeutig wieder. Das Bundesverteidigungsministerium dementiert den Bericht. Paul Beaver von „Jane's Information Group“ geht jedoch davon aus, daß nicht nur die Kampfflugzeuge, sondern auch Hubschrauber der kroatischen Armee aus NVA-Beständen stammen, und be-

ruft sich dabei auf Quellen der UNO, NATO und EU-Beobachtermission.

Einen bundesweit agierenden kroatischen Waffenhändlerling hat das I. Baden-Württemberg 1992 ausgehoben. Schon im Mai war bei Durchsuchung im Raum Rottweil/Tuttlingen ein umfangreiches Waffenarsenal beschlagnahmt worden. Gegen 14 der 20 Tatverdächtigen wurden Anklagen erhoben bzw. Strafbefehle beantragt. Das SDF Fernsehen berichtete, einige der verdächtigen Kroaten hätten sich darüberufen, „für Heimat und Vaterland gehandelt zu haben. Einer von ihnen zeigte Dokumente, nach denen offiziell kroatische Behörden die Gasterbeit in Baden-Württemberg zum Waffenschmuggel aufgefordert hatten. Aus der baden-württembergische Ableger der kroatischen Regierungspartei HI verbreitete solche Aufrufe. Die Lieferung von Waffen wurde von kroatischen Behörden quittiert. Ein Teil der Waffen war zuvor aus Jugoslawien nach Deutschland eingeführt und an hier lebende Kroaten mit Gewinn verkauft

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 6
Deutsche Waffen ...

worden, die die Waffen im Kofferraum nach Kroatien zurücktransportierten. Ein Tatverdächtiger befand sich im März 1994 noch immer in Untersuchungshaft, vier Verfahren führten zu Freiheitsstrafen zur Bewährung, fünf zu Geldstrafen.

Der Rottweiler Staatsanwalt Jürgen Rasenack erklärte, seiner Meinung nach müsse bei den Beschuldigten unterschieden werden, ob jemand aus Profitsucht gegen das Waffengesetz verstoßen habe oder aus ideellen Motiven. Weniger Verständnis hatte das Landgericht Saarbrücken mit einem Spediteur, der nicht gegen das Waffen-, sondern gegen das Handelsembargo gegen Serbien und Montenegro verstoßen hatte. Der Mann, der 155 Tonnen tiefgefrorene Himbeeren und Himbeergrieß aus Serbien nach Deutschland transportiert hatte, wurde im August 1994 zu fast sechs Jahren Haft verurteilt.

Waffenschmuggler hingegen kommen in vielen Fällen mit Bewährungsstrafen davon. Und selbst Jürgen Hippenstiel-Imhausen, der mit seiner Firma Bestandteile für die Giftgasproduktion nach Libyen geliefert und daran rund 90 Millionen DM verdient hatte, erhielt mit viereinhalb Jahren Haft ein vergleichsweise mildes Urteil. Es drängt sich der Eindruck auf, daß deutsche Behörden ausgerechnet beim Waffenhandel beide Augen zudrücken.

Aus Neuhausen bei Cottbus wurden im Spätsommer 1991 Militärfahrzeuge der ehemaligen NVA nach Zagreb geschickt. Eine Spedition hatte den Transport abgelehnt, weil ihr das Geschäft „zu heiß“ war. Das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn hatte jedoch keine Bedenken gegen den Transport. „Nach Prüfung der technischen Parameter wie etwa Wattiefe der Fahrzeuge oder militärische Spezifikation sind unsere Experten zur Einschätzung gekommen, daß keine Genehmigungspflicht für eine Ausfuhr besteht. Es handelte sich überwiegend um sehr alte Fahrzeuge, deren Verwendungszweck vor allem als Ersatzteillieferer angegeben war.“ Allein aus dem Umstand, daß Jugoslawien als Empfängerland vorgesehen war, könne man noch nicht auf einen eventuellen militärischen Einsatz der Fahrzeuge etwa im Bürgerkrieg zwischen Serben und Kroaten schließen, meinte ein Jurist des Bundesamts. Seltenerweise wurden die Ersatzteillieferer vor dem Transport neu gestrichen und in wohl sechsstelliger Höhe versichert.

Manchmal bleibt es aber auch nicht dabei, daß deutsche Stellen nur beide Augen zudrücken:

In einem Gespräch mit Erich Schmidt-Eenboom vom Forschungsinstitut für Friedenspolitik erklärte der deutsche Waffenhändler Karl-Heinz Schulze, Bevollmächtigter der Bej Ma Military Equipment, daß ein deutscher Generalkonsul in Jugoslawien ihn in Antwerpen aufgesucht habe, um Waffen für Kroatien zu kaufen. Nach Angaben von Schmidt-Eenboom ist auch der Bundesnachrichtendienst nicht untätig: Der Waffenhändler Gerhard Georg Mertins, dessen Firma MEREX schon 1965 im Auftrag des BND Waffen an das gegen Indien kriegführende Pakistan geliefert hatte, räumt ein, daß sich BNDler bei ihm erkundigt hätten, wie Waffen nach Jugoslawien gebracht werden könnten.

Martin Jung ist Vorstandsmitglied des Rüstungs-Informationsbüros Baden-Württemberg und zusammen mit Tobias Pflüger Verfasser des Buches „Krieg in Jugoslawien“.

Gewerkschaften contra Hyundai

Anti-Terror-Einheiten gegen den gewerkschaftlichen Widerstand

Frage: Was hat Hyundai mit Shell gemeinsam? Sie sind rücksichtslos. Shell wollte keine Rücksicht auf die Umwelt nehmen, aber wir alle müssen in dieser Umwelt leben und dafür muß sie möglichst sauber sein.

Hyundai will keine Rücksicht auf seine Arbeiter und deren Gewerkschaften nehmen; aber auch wir müssen arbeiten und wollen faire und gerechte Arbeitsbedingungen, auch wenn wir wissen, daß die Chefs das häufig anders sehen.

Wir sollen die neuen Modelle von Hyundai kaufen. Doch wenn wir es zulassen, daß Hyundai produzieren kann, ohne Arbeiterrechte zu akzeptieren, niedrigste Löhne zahlen kann und freie Gewerkschaften ignoriert, dann dauert es nicht lange und wir müssen zu den selben Bedingungen arbeiten. Noch wehren sich die süd-koreanischen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen solche Bedingungen. Wenn wir ihnen heute helfen, können wir vielleicht hoffen, daß sich die Arbeiterinteressen gegen die Lohndumping- und Ausbeutungswünsche der internationalen Konzerne durchsetzen.

Beinahe jeder Konzern droht heute damit, daß er aus Wettbewerbsgründen seinen Standort verlegen muß; dahin, wo die Arbeitskräfte billig sind und unmenschlich behandelt werden dürfen. Doch kein Mensch will zu solchen Bedingungen arbeiten.

Wir haben die Wahl: — den Konzernen helfen, unsere Forderungen und Bedürfnisse zu ignorieren — oder den Menschen helfen, die genau wie wir eine gerechte Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen wollen.

Wir konnten Shell zeigen, daß wir wissen, daß auch wir in Deutschland davon betroffen sind, wenn sie die Meere versauen. Wir wollen der französischen Regierung zeigen, daß es uns stört, wenn sie auf dem Mururoa-Atoll Atombomben testen.

Wenn in Süd-Korea die Konzerne es schaffen, Lohndumping zum Alltag zu machen und freie Gewerkschaften (mit Hilfe des Militärs) zu kriminalisieren, werden die Konzerne, die hier produzieren früher oder später dorthin ziehen oder hier dieselben Bedingungen einführen.

Doch wir wissen, daß wir als Arbeiter und Arbeiterinnen, als VerbraucherInnen auch von hier aus etwas bewegen können und deshalb halten wir zusammen und unterstützen die Forderungen der süd-koreanischen Arbeiter:

- rechtlich garantierte Möglichkeiten der Gewerkschaftsarbeit,
- Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsgesetzgebung,
- Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter und Rücknahme der Haftbefehle,
- Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter,
- Bestrafung derjenigen, die die Arbeitsvereinbarungen verletzen und

gewaltsam gegen die Arbeiter vorgehen.

Bis die Forderungen der Kollegen und Kolleginnen erfüllt sind gilt:

BOYKOTTIERT HYUNDAI!

In Süd-Korea haben die Militärs, die bis 1993 offen regierten, weiterhin die Zügel in der Hand.

Das politische Leben wird bestimmt und kontrolliert durch ihre „Behörde für nationale Sicherheitsplanung“ (ANSF).

Die Militärs, die 1980 einen Aufstand der Bevölkerung Kwangju, im Südwesten, blutig niederschlugen — 2000 Menschen sollen damals hingemetzelt worden sein — werden auch heute nicht zur Rechenschaft gezogen.

Die vom Militär geschaffenen Apparate werden weiter genutzt, um jeglichen Protest seitens StudentInnen oder ArbeiterInnen sofort niederzuschlagen. Bei einem angeblichen Gesprächstermin z.B. zwischen dem Arbeitsminister und Gewerkschaftern kam es nicht zu dem erhofften Dialog.

Der Staat argumentierte wie gewohnt. 160 Sondereinsatzkräfte griffen die Arbeiter an und schlugen sie zusammen.

Staatspräsident Kim Young Sam hat das Jahr 1995 offiziell unter das Leitmotiv der „Globalisierung“ Süd-Koreas gestellt. Süd-Korea engagiert sich bei UN-Blauhelm-Operationen und bewirbt sich um die Leitung der neuen Welthandelsorganisation. Europa ist für diese Strategie ein wichtiger Baustein — wirtschaftlich wie außenpolitisch.

Das Bruttosozialprodukt liegt bei 7500 US-\$ jährlich, Tendenz steigend. Mit einem Außenhandelsvolumen von fast 200 Mrd. US-\$ nimmt es gegenwärtig Platz 12 der Weltrangliste der Exportländer ein.

Süd-Korea erobert den Weltmarkt und vernichtet alle freien und demokratischen Organisationen im eigenen Land.

Soll das ein Beispiel werden, wie man im Welthandel bestehen kann?

Der Hyundai-Konflikt

Hyundai ist der größte Autohersteller Süd-Koreas. Die noch aus der Militärdiktatur stammenden Freundschaften zwischen Kapital und Militär bestehen noch heute. Die Verquickung zwischen wirtschaftlicher und staatlicher Gewalt sind überdeutlich. Die Konzerne sind nach wie vor in der Lage, politische und polizeiliche Macht für sich arbeiten zu lassen.

1993 hat die Regierung schon einmal Hyundai unterstützt. Mit Hilfe ihrer Anti-Terror-Einheiten zerschlugen sie die Proteste für eine Lohnerhöhung, die sich durchaus im Rahmen der Entwicklung des Landes hielt. Dieses Jahr sollte für die Einführung der neuen Modellreihe der Arbeitstakt erhöht werden, über die Köpfe der Gewerkschaftler hinweg, auch wenn das gegen süd-koreanisches Recht verstößt — ähnlich wie hier übrigens. Die freien Gewerkschaften protestierten mit Sit-Ins und Betriebsversammlungen. Einige Arbeiter wurden sofort entlassen. Als sie dennoch an den Versammlungen auf dem Werksgelände teilnehmen wollten, wurden sie von der Polizei gewaltsam daran gehindert. Yang Bong Soo protestierte mit einer Selbstverbrennung dagegen. Daraufhin besetzten über 5000 Gewerkschaftler das Hauptwerk in Ulsan. 7000 Polizisten der Aufstandsbekämpfungseinheit stürmten das Werk. 300 Arbeiter wurden vorübergehend festgenommen, 15 weitere per Haftbefehl gesucht und später in ihren Asyl (christlichen Kirchen und buddhistischen Klöstern) festgenommen, nachdem die Polizei diese heiligen Hallen stürmte.

Selbst die regierungsfreundliche Zeitung Korean Herald mußte feststellen, daß damit der Konflikt bei Hyundai erst am Anfang steht.

Nach wie vor verweigert die Geschäftsleitung jedes Gespräch mit den Gewerkschaften.

Der Text wurde von der FAU-IAA AnarchosyndikalistInnen, c/o Buchladen Le Sabot Bonn, Breitestr. 76, Tel. & Fax: 0228/6951193 erstellt. aus: CL-Netz.



Arbeiterin in einem südkoreanischen Automobilwerk

Was ist Europa? Während deutsche Soldaten zum dritten Male in diesem Jahrhundert gegen „die Serben“ in den Krieg ziehen, während deutsche Führungsbullen über mangelnde Effizienz bei der europaweiten Datenerfassung und -übermittlung in Folge des Schengener Abkommens lamentieren, während die offizielle Arbeitslosigkeit immer neue Rekordmarken erklimmt und nahezu alle europäischen Staaten mit Sozialkürzungen, Arbeitszwang und Repression darauf reagieren, während das Armutsgefälle zwischen europäischen Regionen ebenso wächst wie die Gewinne der Großunternehmen und Banken, während die Dröhung der Unternehmen, ihre Produktion ins „billige Ausland“ zu verlagern, zur multifunktional-nationalistischen Rundumschlag-Keule gegen jeglichen sozialen Widerstand sowohl der Gewerkschaften als auch der Basisinitiativen ausgebaut wird und viele Bewegungen ihre verzweifelte Hoffnungen offenbar an irrationale Ethnisierung und Nationalisierung sozialer Widersprüche knüpfen, gibt es so etwas wie ein „Europa von unten“ in zaghafte Ansätzen tatsächlich — kleine Netzwerke des Erfahrungsaustauschs, der Solidarität und praktischen Zusammenarbeit unterhalb und an der europäischen Bürokratie vorbei.

Wer und was ist „ITACA“?

Eins von ihnen nennt sich „ITACA — für eine Welt ohne Armut und Arbeitslosigkeit“. ITACA ist ein europäisches Netzwerk von nationalen Zusammenschlüssen (BALADR/Spanien; „Kontaktnetz für aktive Arbeitslose“/Dänemark; BAG-Erwerbslose/Deutschland) sowie einzelnen Arbeitslosen- und sozialen Initiativen verschiedener europäischer Länder. Grundlage der Arbeit ist eine gemeinsame Plattform, die in fünf Sprachen vorliegt und mit deren Analysen und Positionen weitere Kontakte hergestellt wurden zu Basisinitiativen z.B. in Polen, Finnland, England, Irland, Portugal, Frankreich, Norwegen, Holland und Italien.

Ziel von ITACA ist die Organisation eines internationalen Erfahrungsaustauschs, die Organisation gegenseitiger Hilfe und die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes für eine gerechte Umverteilung von Arbeit und Einkommen und eine Welt ohne Arbeitslosigkeit und Armut.

Zugegeben — ohne Knete und einge-

„Solidarität kennt keine Grenzen“

Europäischer Kulturkongreß gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut vom 5. - 8. Oktober 1995 in der Hamburger Universität

bunden in die alltägliche Kleinarbeit ist die Organisation gemeinsamer Treffen und Aktivitäten mühsam, dennoch hat es in den vergangenen Jahren eine Menge (regelmäßigen) Austausch und auch gemeinsame Aktionen gegeben: einen Marsch gegen Armut und Arbeitslosigkeit von Valencia nach Madrid mit internationaler Beteiligung; Teilnahme am Gegenkongreß und Aktionen gegen die IWF/Weltbank-Tagung im vergangenen Jahr in Madrid; Beteiligung am Gegenveranstaltungen zum „Sozialgipfel“ in Kopenhagen in diesem Jahr; nationale Aktivitäten gegen Zwangsarbeit und Armut. Dieses Jahr nun, vom 5.-8. Oktober, veranstaltet ITACA einen europäischen Kulturkongreß in den Räumen der Hamburger Universität.

Das Ziel der Veranstaltung

Mit dem Kultur-Kongreß soll erreicht werden:

- * eine Ausweitung und Verbesserung des internationalen Erfahrungsaustauschs von Basisinitiativen, die gegen Ausbeutung, Armut und Unterdrückung kämpfen,
- * die Entwicklung einer gemeinsamen Diskussion(kultur) und gemeinsamer Strategien und Forderungen,
- * die Vernetzung mit Gruppen aus anderen sozialen Bewegungen (Antifaschismus und antirassistische Gruppen, MigrantenInnen und Frauenbewegung),
- * der Aufbau eines europäischen „Kulturaustauschs“ von unten,
- * Spaltungen zu überwinden (z.B. zwischen „armen“ und „reichen“ Regionen).

Die Struktur der Veranstaltung

Der Kultur-Kongreß soll aus zwei gleichberechtigten Teilen bestehen: dem Konzert- und Kulturteil sowie dem Kongreßteil.

Kultur

Die Kultur hat innerhalb der Initiativen, die mit ITACA gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen, einen besonderen Stellenwert. Kleidung, Sprache und Musik sind wieder verstärkt zum

Ausdrucksmedium unterschiedlicher Szenen geworden. Mit Reggae, Punk, Rap und HipHop hat seit einigen Jahren eine Repolitisierung kultureller Ausdrucksmittel besonders armer, arbeitsloser und ausgegrenzter Jugendgruppen stattgefunden. Musik- und Theatergruppen sind Mitglieder der jeweiligen Initiativzusammenschlüsse. Ihre Texte und kulturellen Ausdrucksformen befassen sich mit ihrer sozialen und politischen Realität und beziehen radikal Stellung. BALADRE z.B. ist selbst Verteiler-Organisation von CDs, Kassetten, Videos und anderen Materialien der Musik- und Theatergruppen aus ihrem Umfeld.

Die Kulturveranstaltungen sollen bewußt auch sehr unterschiedliche „Richtungen“ kulturellen Ausdrucks miteinander konfrontieren, um Vorurteile und Spaltungen zwischen den verschiedenen „Szenen“ zu überwinden und gegenseitige Hilfe und Austausch zu organisieren.

Am Freitag und Samstag soll es je eine kulturelle Veranstaltung mit Theater o.ä. und je ein Abendkonzert mit unterschiedlichen Bands geben; außerdem soll es tagsüber einen „Kulturworkshop“ als Möglichkeit des Austauschs für die beteiligten Kulturschaffenden selber geben.

Zusagen gibt es bisher von vier spanischen Bands, den Hamburger Bands „Abwärts“ und „Tuten und Blasen“ (die auch die geplante Abschluß-Demo begleiten werden), angekündigt sind weitere Bands aus England, Dänemark, Italien, usw.

Kongreß

Den Kongreß soll eine Auftakt- (Donnerstagabend) und Abschlußveranstaltung (Sonntagvormittag) einrahmen, ansonsten soll er Freitag und Samstag in Arbeitsgruppen und Workshops mit je einem Vormittags- und Nachmittagsblock organisiert werden; am Sonntag gibt es eine Abschlußdemo. Geplant sind auch praktische Aktivitäten aus den Arbeitsgruppen heraus.

Die Themen der Arbeitsgruppen sind (bisher):

- * Feminisierung der Armut (Vorbereitung durch eine Initiative aus Gasteiz)
- * „Leben im Stadtteil“ (Vorbereitung durch eine Stadtteilinitiative aus Valencia)
- * Internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit (Vorbereitung durch die Arbeitsloseninitiative in Mannheim)
- * „Arbeit“: Tariflicher Arbeitsmarkt und nichtexistenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse (Vorbereitung durch Arbeitsloseninitiativen aus Frankfurt, Oldenburg, Berlin und Hamburg)
- * Antimilitarismus und Unterdrückung (Vorbereitung durch BALADRE)
- * Kulturworkshop

Die Arbeitsgruppen und Workshops sollten nicht größer als 40 Menschen werden, um einen aktiven Austausch zu ermöglichen; ansonsten wollen wir die AG noch einmal teilen. In allen Arbeitsgruppen wird es kurze Thesenpapiere oder Statements als Grundlage der Diskussion geben; es soll aber auch ausreichend Gelegenheit für einen internationalen Erfahrungsaustausch und Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen aus den verschiedenen Ländern geben.

Es ist ein zentrales Mittagessen für alle Tage vorgesehen, das voraussichtlich 5,- DM kosten wird.

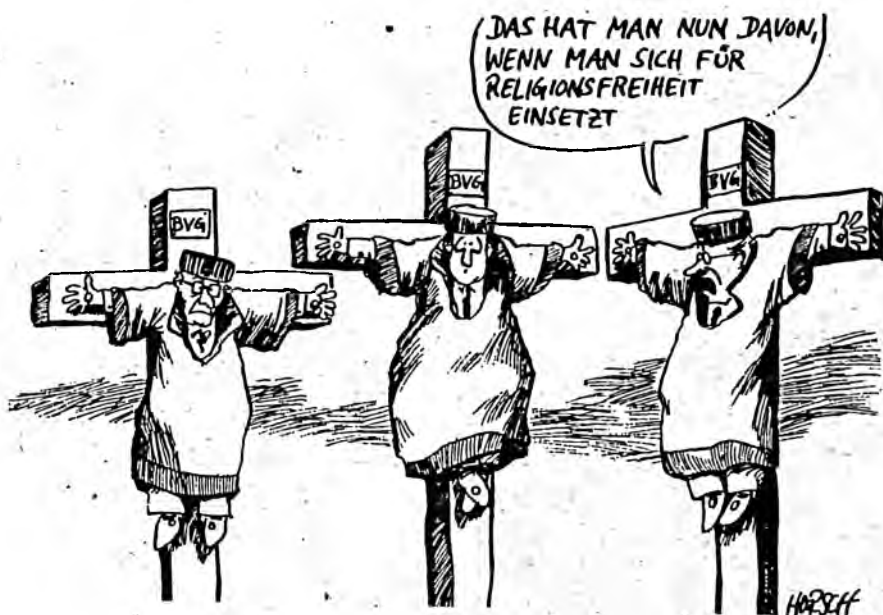
Die Unterbringung für alle anreisenden Gäste und TeilnehmerInnen soll möglichst privat und kostenlos organisiert werden.

Unterstützung

Wer teilnehmen will, eine Sprache dolmetschen kann, Schlafplätze anzubieten hat, mitorganisieren oder sich kulturell aktiv beteiligen will, wendet sich bitte an:

Das Büro, Thadenstr. 118, 22767 Hamburg, Tel.: 040/4322124, Fax 4395138, mittwochs 18-20 Uhr. Spendenkonto: ESH e.V., Hamburger Sparkasse, BLZ: 20050550, Kontonummer 1233/123858.

Der ITACA Kultur-Kongreß findet statt in Zusammenarbeit mit „Buntstift e.V., Föderation der grün-nahen Landesstiftungen und Bildungswerke“



Einer der schroffsten Kritiker des „Kruzifix“-Urteils des Bundesverfassungsgerichts war der „rechtspolitische Sprecher“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Norbert Gels. Der Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) enthüllte: Norbert Gels ist Mitglied der „Ritter vom Heiligen Grabe“, eines katholischen Lalenordens, der während des Dritten Reiches eng mit dem Regime kollaborierte und sich von dieser Vergangenheit nie distanziert hat. — (rül)

Mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt Essen

Essen. In der Tarifrunde 1995 haben die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes zugesagt, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Gemeint waren Bereiche, die auch für den allgemeinen Arbeitsmarkt ausbilden. Diese Zusage wird nicht eingehalten. Die Stadt Essen reduzierte die Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen von 1993 bis 1995 um 45%, obwohl noch viele junge Menschen einen Ausbildungsberuf suchen. Daß die Stadt grundsätzlich in Zukunft weniger ausbilden will, zeigt sich auch darin, daß beim Personalamt künftig niemand mehr speziell für die Auszubildenden in den gewerblich-technischen Berufen zuständig sein soll. Die ÖTV fordert demgegenüber ein Konzept für zukunftsorientierte Ausbildungsplätze bei der Stadt. — (b.)

54 524 Unterschriften für Kölner Müllkonzept

Köln. Der erste Schritt für den Bürgerentscheid Das bessere Müllkonzept ohne Müllverbrennung ist geschafft!

54 524 Kölnerinnen und Kölner haben

mit ihrer Unterschrift ein umweltschonendes und kostengünstiges Müllkonzept gefordert, das stärker auf Müllvermeidung und stoffliche Wiederverwertung setzt als das veraltete städtische Müllverbrennungs-Konzept. Die Bürgerinitiative ist zuversichtlich, daß auch der Bürgerentscheid zu unseren Gunsten ausgehen wird.

Die neue Gemeindeordnung verspricht: „Die Bürger können beantragen, daß sie an Stelle des Rates, über eine Angelegenheit der Gemeinde selbst entscheiden.“

— (R. Zinkel, aus: Lokalberichte Köln)

Bundesweite Anti-AKW-Tagung in München

München. Voraussichtlich im November wird die diesjährige bundesweite Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in München stattfinden. In München deshalb, weil hier der Garching Atomforschungsreaktor geplant ist. Das Anti-Atom-Bündnis München schreibt dazu: „Würde der Reaktor in Garching gebaut werden, der mit atomwaffenfähigem Uran betrieben werden soll, wäre dieses der erste Bau eines Reaktors seit der Katastrophe von

AUSLÄNDERBEIRAT ESSEN

Ausländerbeirat soll sich distanzieren

Die „Liste für die Freiheit der Völker“ deckte Verbindungen von Mitgliedern des Ausländerbeirates mit faschistischen Organisationen wie der MHP (Graue Wölfe) auf.

Am 5.9. steht jetzt im Ausländerbeirat ein Antrag der Liste auf der Tagesordnung, sich von der MHP und ihren Tarnorganisationen zu distanzieren und diejenigen Mitglieder zum Rücktritt aufzufordern, die Verbindungen zur MHP haben. Der Antrag fordert:

„Am 21.5.1995 fand in Essen eine Veranstaltung des ‚Essen Türk Kùltür Ocağı‘ statt. Es handelte sich hierbei um eine Tarnveranstaltung der faschistischen türkischen Partei MHP und ihrer Kommando-Organisation ‚Graue Wölfe‘. Die Politik dieser Organisationen widerspricht dem Gedanken der Völkerverständigung. Diese Organisationen gehen mit brutaler Gewalt, die bis zum Mord geht, gegen Andersdenkende vor ... An diesem Treffen nahmen auch

die Mitglieder des Ausländerbeirates Mehmet Kekceci und Kazim Bulazar sowie das frühere Mitglied des Ausländerbeirates Ahmet Aktas teil ...

Der Ausländerbeirat beschließt daher: Der Ausländerbeirat der Stadt Essen distanziert sich ausdrücklich von den Zielen der MHP, der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen. Er verzichtet auf die weitere Mitarbeit von Herrn Ahmet Aktas. Er fordert die Mitglieder Mehmet Kekceci und Kazim Bulazar zum Rücktritt auf.“

Im Ausländerbeirat hat eine Listenverbindung türkischer Moscheevereine, die stark rechts-nationalistisch ist, die Mehrheit. Ihr gehören auch Mehmet Kekceci und Kazim Bulazar an. Ob sich diese Mehrheitsfraktion von den offenen Faschisten distanzieren, ist mehr als fraglich, wenn nicht öffentlich Druck auf sie ausgeübt wird. Dabei ist es von Bedeutung, welche Haltung die der SPD nahestehenden Mitglieder des Ausländerbeirates einnehmen. — (syb)

MC DONALDS

Eine Einwegsteuer ist möglich

Nach der Eröffnung der Mc-Donalds-Filiale im Elmshorner Süden soll im Stadtverordnetenkollegium demnächst die Erhebung einer Verpackungssteuer verhandelt werden.

Im Kampf gegen den Müll dürfen Städte und Gemeinden von Imbissständen und Schnellrestaurants eine Sondersteuer für die Verwendung von Einweggeschirr und Dosen erheben. Das hatte das Bundesverwaltungsgericht am 19.8.94 entschieden.

Damit unterlagen die Kläger — Mc Donalds und zwei Firmen zur Aufstellung von Getränkeautomaten —, die der Stadt Kassel das Recht zur Erhebung der Steuer bestritten hatten. Nachdem der hessische Verwaltungsgerichtshof vor kurzem nochmals für die Steuer entschied, ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes noch aussteht, werden die Argumente gewetzt.

Vor einem Jahr begrüßte der Städte- und Gemeindebund (DSTGB) die Ent-

scheidung als „Meilenstein zur weiteren Vermeidung überflüssigen Mülls“.

Mc Donalds drohte in Kassel mit der Schließung der drei Imbiss-Restaurants.

Kritisiert wird vom DSTGB jetzt eine Verpackungssteuer in Frankfurt, da sie auch Verpackungen besteuere, die das Duale System wiederverwertere. Der DSTGB entwickelt demgegenüber eine Mustersatzung, in der wie in der Kasseler Satzung die Wiederverwertung durch Steuerbefreiung belohnt werden soll.

Der Vorsitzende des bayerischen Städtetages, Deimer (CSU), verwahrte sich gegen den Vorwurf des Bundes der Steuerzahler, mit einer eventuellen neuen kommunalen Steuer „Ausbeute-rei“ zu betreiben.

Der Sprecher des deutschen Städtetages meinte, es reiche möglicherweise aus, mit einer solchen Satzung zu drohen, damit Imbissketten ihr Einweggeschirr abschaffen.

(Elmshorner Gegensätze 9/95 — rua)

Tschernobyl. Siemens hat seit zehn Jahren keinen neuen Reaktor mehr gebaut. Die technische Fähigkeit dazu reißt ab. Den FRM II sowie den „Europäischen Druckwasser-Reaktor“ (EPR) in Vöhringen zu bauen, ist für Siemens aus technischen und ökonomischen Gründen ein absolutes Muß, um im Atomgeschäft zu bleiben. Nicht umsonst wird der EPR von der Atomlobby auch „Fadenriß-Reaktor“ genannt. Gelingt es uns, die beiden Atomprojekte zu verhindern, fliegt Siemens aus dem Geschäft. Ein weiteres Atomprogramm in der BRD sowie eine weltweite Exportoffensive von Siemens wären im Ansatz gestoppt. Am Bau beziehungsweise der Verhinderung des FRM II entscheidet sich wohl unter anderem auch die politische Durchsetzbarkeit von weiteren Reaktoren.“

(Aus: Münchner Lokalberichte, 17.8.95)

Genossenschaft will Hafenstraße kaufen

Hamburg. Nach ihrer nunmehr erfolgten Gründung will die „Genossenschaft Alternativen am Elbufer“ mit der Stadt über den Kauf der jahrelang umstrittenen Hafenstraßen-Häuser verhandeln.

Als voraussichtlicher Kaufpreis für die Häuser mit 4700 qm Wohnfläche und den dazwischenliegenden Freiflächen werden ca. 4 Millionen DM genannt. Das Geld kommt aus der vorausgegangenen Hafenstraßen-Genossenschaft (150 000 Mark) und vom Kapitalmarkt.

Die Häuser sollen, bei 15 Prozent Eigenleistung, mit Mitteln der Stadt saniert werden.

Bei entsprechender Selbsthilfe sollen Nettokaltmieten von 5 DM pro Quadratmeter und Monat angestrebt werden. Ziel des Häuserkaufs sei es, preiswerten Wohnraum auf St. Pauli-Süd zu erhalten und den ca. 100 Bewohnern „eine auf Dauer angelegte Wohnsicherheit bei weitgehenden Selbstbestimmungsrechten zu ermöglichen.“ Vorsehen ist, daß die Mieter einen Verein bilden, der die Selbstverwaltung übernimmt und zugleich Mieter bei der Genossenschaft ist.

Die in den vergangenen Jahren bei dem bisherigen städtischen Vermieter aufgelaufenen, bei den Bewohnern umstrittenen Schulden werden von der Genossenschaft übernommen. Ihrem Vorstand gehören zwei Bewohner, ein Wohnungswirtschaftler, ein Richter und eine GAL-Abgeordnete an. — (ulj)

„KRÜZIFIX-URTEIL“

Kein Staatskirchentum

In den Aushangekästen der katholischen Kirchen in Köln hängt Kardinal Meisners Stellungnahme gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Die Mitglieder der katholischen Kirche tun gut daran, sich der Meinung dieses Kardinals nicht anzuschließen.

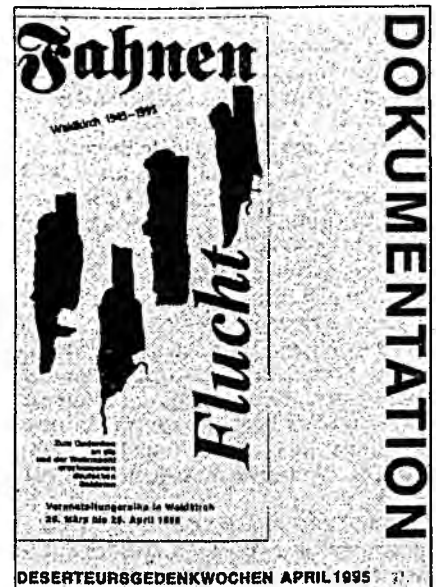
Das Verfassungsgericht hatte die staatlich verordnete Anbringung von christlichen Kreuzen in bayerischen Volksschulen für verfassungswidrig erklärt. Der § 13 der bayerischen Schulordnung ist verfassungswidrig, da durch ihn der Staat, der das Anbringen von christlichen Kreuzen in den Volksschulen zwingend vorschreibt, als direkter Arm der christlichen Kirchen arbeitet. Das widerspricht der Feststellung in der bundesdeutschen Verfassung: Es gibt kein Staatskirchentum! Dieses Staatskirchentum ist nämlich 1918, mitsamt der Herrschaft der es personifizierenden Fürsten, Könige und Kaiser, beendet worden. Die Bindung der Kirchen an den jeweiligen Staat hatte sie zu Erfüllungsgehilfen auch noch jedes Überfallkrieges und jeder staatlichen Unterdrückungsmaßnahme gemacht. Durch dieses Staatskirchentum war die Gewissens- und Glaubensfreiheit der einzelnen Menschen aufgehoben. Die Trennung von Staat und Kirche ist somit im Interesse der Freiheit und der Würde der Menschen aber auch der Kirchen als Organisationen, die nicht mehr als Teil des staatlichen Handelns eingebunden sind. Der Staat selber kann daher auch nicht mehr als Kircheninstanz handeln, wie aber in der bayerischen Schulordnung für die Volksschulen geschehen. Diesen staatlichen Zwang untersagte jetzt das Verfassungsgericht.

Da Kardinal Meisner schlecht als Befürworter des Staatskirchentums gegen die Bundesverfassung auftreten kann, geht er mit keinem Wort seiner Auslassung darauf ein, daß mit dem Urteil die staatliche Zwangsanordnung von christlichen Kreuzen in Volksschulen untersagt wurde. Meisner geht den gekrümmten Weg, um zum Ziel zu kommen, und erwähnt die staatliche Zwangsanordnung und deren Verfassungswidrigkeit nicht, das Verhältnis von Staat und Kirche kommt in seinem Text nicht vor. Da er hier schlechte Karten hat, wenn er das staatliche Zwangs-handeln einfordert, faßt er das Ganze als Problem der „Abendländischen Gesellschaft“ und ihre „geistigen Voraussetzungen“, natürlich im Bild des Baumes, dem die Wurzeln abgehackt würden. Das wirkt dann so schön haltlos und für den, dem das Bild vors Auge geführt wird, richtig bedrohlich. Bäume ohne Wurzeln krachen auf parkende Autos und so. Der Kardinal setzt seiner Phantasie denn auch keine Grenzen. Er sieht schon, wenn er die Augen zumacht, „das Verbannen der Weg- und Bergkreuze aus unserer Landschaft, die Demontage der Kreuze auf den Türmen der Kirchen und Kapellen“. Mit geschlossenen Augen ist es dunkel und der Kardinal sieht denn auch „einen schwarzen Tag in der Geschichte unseres Volkes“.

In Nordrhein-Westfalen ist die staatliche Zwangsanordnung von kirchlichen Kreuzen in den Volksschulen nicht in der Schulordnung vorgesehen. Diese Schulordnung hält sich in diesem Punkt an den Verfassungsgrundsatz: kein Staatskirchentum! Trotzdem ist dadurch das „gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen“ nicht „vergiftet“ worden, wie Meisner das als Folge des Urteils vorhersieht. Mit Sicherheit dagegen belastet tatsächliches soziales Elend, wie z.B. Arbeitslosigkeit, das

Leben der Menschen und vergiftet das gesellschaftliche Zusammenleben.

Die große Mehrheit der Mitglieder der katholischen Kirche in Köln waren nicht damit einverstanden gewesen, daß der Papst diesen politisch und kirchlich rückwärts gewandten Kardinal mit kirchlicher Zwangsanordnung eingesetzt hat. Die jetzigen Äußerungen Meisners beweisen, daß ihr damaliges Urteil richtig war. — (gba)



Inhalt der Dokumentation:

Wolfram Wette, Militärhistoriker: „Verweigerung und Desertion im Wandel der öffentlichen Meinung (1980 – 1995)“. (Vortrag vom 29. 3.95)

Manfred Messerschmidt, Militärhistoriker und ehemaliger Leiter des militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg: „Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft“. (Vortrag vom 31. 3.95)

Rudi Friedrichs, Mitarbeiter der AG „Kriegsdienstverweigerung im Krieg“ der DFG/VK: „Desertion aus Ex-Jugoslawien“. (Vortrag vom 7. 4.95)

Redebeiträge von **Ludwig Baumann**, Vorsitzender der Bundesvereinigung „Opfer des NS-Militärjustiz“, **Richard Leibinger** (SPD), Bürgermeister von Waldkirch, **Pfarrer Herbert Fröhlich**, „Pax Christi“ auf der Gedenkveranstaltung für die ermordeten Wehrmachtssoldaten am Waldkircher Friedhof, 9. 4.95.

Auszüge aus dem „Antifaschistischen Stadtrundgang“ des Arbeitskreises „Widerstand und Arbeitergeschichte“ Waldkirch am 29. 4.95

Anhang: Pressespiegel über die Gedenkwochen.

Umfang: 64 Seiten A4, Preis: 7 DM. Bezug über GNN Verlag Süd GmbH, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/624701, Fax 0711/621532.

Es waren die Bauern, die vor 1000 Jahren das Land besiedelten, es mit Fleiß, ihrem Wissen und Können urbar machten.

Es waren die Bauern, die mit (Fron-)Arbeit zumeist materielle und finanzielle Werte als Voraussetzungen für erblühende Kultur schafften, aber auch für Kriege der Herrschenden.

Preußens Glanz und Sachsens Gloria hingen in nicht geringem Maße von den Bauern und Handwerkern ab.

Es waren die Bauern, deren Fleiß (und ihre Untertänigkeit) oft schlecht gedankt wurde. Nicht erst seit dem Großen Deutschen Bauernkriege im Jahre 1525 strebten sie danach, den Boden dem zukommen zu lassen, der ihn bewirtschaftet und seinen natürlichen Reichtum mehr.

420 Jahre mußten vergehen, um solche Träume durch die Bodenreform in einem Teil Deutschlands zur Realität werden zu lassen.

Durch Volksentscheid, in freier und geheimer Wahl, stimmten in Sachsen am 30. Juni 1945 268647 sächsische Bürger — was einem Votum von 77,62 % der abgegebenen Stimmen entsprach — dafür, daß die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher erfolgte.

Das von den Siegermächten UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien im Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 unterzeichnete Dokument bildete ebenfalls die Grundlage zur Durchführung der Bodenreform in ganz Deutschland.

Am 10. September 1945 erließ die Landesverwaltung des Bundeslandes Sachsen auf dieser Grundlage die „Verordnung über die Bodenreform im Bundesland Sachsen“.

Die Landesverwaltung Sachsen gab am 16. November 1945 die in der Tabelle

Bodenreform in Sachsen

D. Wehnert zum 50. Jahrestag der Bodenreform

dokumentierten Ergebnisse der Bodenreform in Sachsen bekannt.

Mit der Annahme der Verfassung Sachsens am 28. Februar 1947 vom Sächsischen Landtag wurde mit den Artikeln 75 bis 78 die Bodenreform Verfassungsgrundsatz.

Im Ahlener CDU-Programm vom 3. Februar 1947 ist nachzulesen: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“

Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.

Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert...“

Nur weitere 50 Jahre vergingen, um den mit und durch die Bodenreform als selbstverständlich erworbenen Grund und Boden erneut in Frage zu stellen.

Heute ist die herrschende Politik darauf gerichtet, trotz Wahlversprechen der CDU und Einigungsvertrag im Jahre 1990, entgegen dem Karlsruher Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 23. April 1991, die Bodenreform auszuhöhlen.

— Das mit Hilfe der SPD verabschiedete Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, die Verwaltungs- und Verwertungspraxis der Treuhandnach-

folgeorganisation BVVG und TGG, das Altschuldenhilfegesetz ermöglichen den von der Bodenreform enteigneten Großgrundbesitzern, im Osten Deutschlands billig zu Land und Wald zu kommen, zu Lasten der Landwirte, für die dieser Boden jahrzehntelang Arbeit und Einkommen sicherte.

— Hunderttausende, die als Nichtbauern Bodenreform Eigentum erworben haben, werden zugunsten des Landflusses enteignet.

— Einst volkseigene Felder und Wälder werden privatisiert, statt sie in Gemeineigentum zu belassen.

Die Aushöhlung der Ergebnisse der Bodenreform im Osten Deutschlands richtet sich nicht nur gegen die Bauern, sondern ist auch zu Ungunsten ostdeutscher Kommunen, Kleingärtner und Siedler, Eigenheimbesitzer und Wohnungsgenossenschaften, Handwerker und Gewerbetreibende.

Zugunsten von sogenannten Alteigentümern, meist Feudaladel und Kriegsgewinnler, als auch Immobilienhändler, Banken und Versicherungen, kurzum für sogenanntes vagabundierendes Westkapital.

Die Einheimischen werden, so sie sich nicht wehren, damit nur noch zu Zuhilfenägern der Entwicklung degradiert. Um sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen, bleibt ihnen weder die Zeit noch das nötige Eigenkapital. Denn bis dahin haben die anderen längst ihre Claims abgesteckt.

Detlef Wehnert ist fraktionsloser Abgeordneter im sächsischen Landtag. Er war zu Zeiten der DDR LPG-Vorsitzender.

Sein Artikel erscheint auch in der sächsischen Landeszeitung „Linksblick“ Nr. 18/95.

Anzahl der enteigneten aufgeteilten Wirtschaften:

1212 Güter

insgesamt: 259 615,50 ha
davon Wald: 109,117,11 ha

Insg. wurde in Durchführung der Bodenreform Land an 45 537 Wirtschaften verteilt:

davon an	
a) 133 016 Kleinbauern	47 382,98 ha
b) 24 674 Landarbeiter, landlose Bauern und Kleinpächter	75 195,40 ha
c) 7847 Umsiedler	29 859,07 ha
insgesamt:	206 404,00 ha
davon Wald:	53 612,72 ha

Abschiebehaft gesetzeswidrig

Berlin. Nach einem Gutachten von Rechtsanwalt M. Zieger hat die als Polizeigewahrsam betriebene Abschiebehaft in Berlin keine Gesetzesgrundlage.

Längere Haft, als tiefer Einschnitt in die Grundrechte, bedarf nach gängiger Rechtsprechung der Regelung durch Gesetz. Ohne vorwerfbares oder strafbares Verhalten werden Ausländer, um die Ausreisepflicht zu sichern, in „Abschiebehaft“ genommen. Die gesetzliche Regelung im Justizvollzug richtet sich aber auf das Ziel, Straftaten zu verhindern und die Resozialisierung einzuleiten, was auf Abzuschubende nicht zutrifft. Auch im „Allgemeinen Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ (ASOG) ist „Abschiebehaft“ nicht erwähnt. Anwälten von Betroffenen wird daher geraten, für die Freilassung „Druck zu machen“, u. U. beim Verfassungsgericht zu klagen.

Der ausländerpolitische Sprecher der bündnisgrünen Fraktion, die das Gutachten in Auftrag gegeben hatte, forderte den Innensenator auf, alle Abschiebehaftlinge sofort freizulassen. — (ard)

Gedenkstätten in Gefahr

Potsdam. Mit einer Schreckensnachricht wandte sich die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten an die Öffentlichkeit: Die Bundesregierung will mehrere Millionen DM, die als Zuschüsse für die Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück gedacht waren, streichen.

Der Erhalt und Fortbestand der Gedenkstätten Sachsenhausen und Buchenwald ist konkret gefährdet. Fünfzig Jahre nach der Befreiung sieht die Bundesregierung offenbar den Zeitpunkt gekommen, einen „Schlußstrich“ unter der Geschichte zu ziehen und beabsichtigt, die Zuschüsse zur Stiftung

Brandenburgische Gedenkstätten massiv zu kürzen. Die Folge sind Entlassungen und die Einstellung notwendiger Sanierungs- und Rekonstruktionsarbeiten. Fünfzig Jahre nach ihrer Befreiung drohen die ehemaligen KZ nunmehr zu verfallen.

Das Land Brandenburg scheint dabei allerdings im Zweifel lediglich die Gedenkstätte Sachsenhausen retten zu wollen. Auffälligerweise wird aus dem Kulturministerium betont, daß Sachsenhausen ja das KZ der Reichshauptstadt war und bereits deshalb als Gedenkstätte erhalten bleiben müßte. In Ravensbrück saßen ja „nur Frauen“...

Angesichts der Auseinandersetzung um das Mahnmal für die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden im zukünftigen Berliner Regierungsviertel wird deutlich, wie wenig der deutsche Staat aus der Geschichte lernen will. Selbst wenn eine, allerdings auf die größte Opfergruppe beschränkte Erinnerung an die Opfer gerade noch geduldet wird, besteht kein Interesse, an den Orten von Opfern und Tätern, wie sie die ehemaligen KZ nun einmal darstellen, nicht nur der Opfer zu gedenken, sondern sich auch mit den Tätern, die allzu oft unbehelligt geblieben sind, auseinanderzusetzen.

aus: Berlin-Extra der VVN/VdA, Sept.

Trotz vieler Einsprüche weiter Straßenumbenennungen

Berlin. Auch 870 schriftliche Einsprüche konnten an dem politischen Willen des Senats nicht rütteln, Namen von Antifaschisten und Kommunisten (Dimitroff, Becker, Beimler, Zetkin) von Straßenschildern zu verbannen. „Bei keinem Einwand sah sich der Senat genötigt, seine Entscheidung zu überdenken“, ließ der Verkehrssenat das ND wissen. Die hohe Beteiligung von Be-

troffenen ist beeindruckend: So liegt die Einspruchsquote zu Dimitroff bei 20 % der 3288 betroffenen Haushalte. Der Senat macht sich nicht die Mühe, direkt seine Ablehnungen zu begründen. Wer sich informieren will, muß schon selbst bei der Obrigkeit (in der Verkehrsverwaltung) erscheinen.

Die Verwaltung setzt auf Zermürbung des Widerstands, weil auch mögliche Klagen keine aufschiebende Wirkung gegen die zum 1. November dieses Jahres zu vollziehenden Umbenennungen haben.

Quelle: „Neues Deutschland“, 29./30.7. — (ard)



Etwa einhundert Behinderte demonstrierten am 30. August in Berlin auf dem Breitscheidplatz gegen die Einschränkung des Fahrdienstes für Behinderte und gegen den Entzug von Pflegegeld. Aufgerufen zu diesem „Sozialgewitter“ vor dem Haus des CDU-Finanzsenators Pieroth hatten die Behinderten-Liga und das „Modellprojekt Barrierefreies Berlin“. — (rül, Foto: ND)

IG Medien mobilisiert gegen Tarifklau

Fünf Zeitungsverlage in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben zum 31.12.1995 ihre Mitgliedschaft im Verband der Druckindustrie aufgekündigt. Davon allein vier — *Kieler Nachrichten*, *Lübecker Nachrichten*, *Ostsee Zeitung* (Rostock) und *Nordkurier* (Neubrandenburg) — die zum Springer-Konzern gehören. Als fünfter Verlag kündigte auch die *Schweriner Volkszeitung*, die zum Burda-Konzern gehört. Ehren- und hauptamtliche Funktionäre der IG Medien, Landesbezirk Nord, berieten am Wochenende in Lübeck Gegenmaßnahmen, um die Tariffucht zu verhindern. „Einem klimatisch heißen Sommer wird ein tarifpolitisch heißer Herbst und Winter folgen“, warnte Günther Metzinger, Vorsitzender der IG Medien im Landesbezirk Nord, „wenn die fünf Zeitungsverlage ihre Kündigung nicht wieder zurücknehmen.“

Die versammelten Mitglieder waren sich einig, daß die Arbeitgeber gerade auch in schwierigeren Zeiten das bewährte System der Tarifverträge mit ihrer Gestaltungs- und Ordnungsfunktion nicht rechtswidrig brechen oder verlassen dürfen. Sollten die fünf Verlage und andere Betriebe der Druckindustrie uneinsichtig bleiben, so würde die Unruhe in den Betrieben zwangsläufig über Aktionen bis zu Warnstreiks und Streiks führen.

Der Versuch, sich aus der Tarifbindung zu stehlen, ist ein Angriff auf alle Beschäftigten in der Druckindustrie, aber auch auf die Angestellten und Redakteure in den Zeitungsverlagen, so Metzinger, nachdem konkrete Aktions- und Zeitpläne beraten und beschlossen waren.

Hamburg, 28. August 1995, Günther Metzinger, IG Medien, Landesbezirk Nord (aus: Solinet).

HBV: Keine Änderung beim Ladenschluß!

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) wird die Auseinandersetzung gegen eine Veränderung des Ladenschlußgesetzes intensivieren. Der HBV-Gewerkschaftsausschuß — als höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen — beschloß am Freitag (1.9.) in Düsseldorf, alle Mittel zu nutzen, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die mehr als drei Millionen Beschäftigten im Einzelhandel zu verhindern. „Die Gewerkschaft HBV wird für den Erhalt des Ladenschlußgesetzes kämpfen und entschieden Widerstand gegen jeden Versuch, die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte auszuhebeln, leisten“, erklärte HBV-Vorstandsmitglied Franziska Wiethold für ihre Organisation.

Der HBV-Gewerkschaftsausschuß unterstützte nachhaltig die „Frankfurter Erklärung“ der bundesweiten Betriebsrätekonferenz am Mittwoch in Frankfurt/M., auf der mehr als 110 Betriebsräte, die rund 750.000 Beschäftigte vertraten, ankündigten: „Wir werden für unsere Interessen kämpfen“. Der Gewerkschaftsausschuß der Gewerkschaft hbv beschloß, umgehend betriebliche und politische Aktionen vorzubereiten sowie eine breite und öffentlichkeitswirksame Kampagne für diese Auseinandersetzung zu starten. Darüber hinaus gab er eine Empfehlung an alle HBV-Tarifkommissionen, eine tarifpolitische Strategie unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der 89er Auseinandersetzung um den langen Donnerstag zu entwickeln.

Franziska Wiethold verwies auf die geltenden Tarifverträge und Protokollnotizen, die das Arbeitsende an allen Wochentagen (außer dem langen Don-

nerstag) auf 18.30 Uhr, an den Samstagen auf 14.00 Uhr bzw. 16.00 Uhr festlegen. „Wer diese Arbeitszeiten der Beschäftigten des Einzelhandels kündigen will, muß die geltenden Regelungen kündigen und die dann folgende Auseinandersetzung mit uns durchstehen“, erklärte Frau Wiethold. Pressestelle des Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV (aus: Solinet)

Süddeutsche Zeitung: Liberal, arbeitnehmerunfreundlich

Die IG Medien München greift die Praxis des Süddeutschen Verlags gegenüber Betriebsräten und Belegschaften an. In einer Pressemitteilung heißt es:

In diesem Verlag arbeiten 2450 Menschen, um für Sie Tag für Tag, Nacht für Nacht die *Süddeutsche Zeitung* und andere Medien herzustellen. Sie alle sind daran beteiligt, daß der Süddeutsche Verlag (SV) heuer zum 50jährigen Bestehen als gesundes Unternehmen dasteht und nicht mehr vom Zeitungsmarkt wegzudenken ist. „Ziel des verlegerischen Engagements“, so heißt es im Unternehmensleitbild des SV, „ist es, einen wesentlichen Beitrag zu leisten für das Leben, das Arbeiten und die Selbstbestimmung des Einzelnen in einer sozialverpflichteten, freiheitlich-demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaft.“ Den eigenen Beschäftigten gegenüber will es der SV in Zukunft mit der Sozialverpflichtung und der freiheitlichen Demokratie nicht mehr so genau nehmen — wohl aber mit der Marktwirtschaft. Die Geschäftsleitung plant, den Süddeutschen Verlag zu zerschlagen — Rechte und Sicherheit der Beschäftigten sind gefährdet.

Teile und herrsche! Dieser Gedanke steht offenbar hinter dem Plan der SV-Geschäftsleitung, das Unternehmen zum Jahresbeginn 1996 in mehrere Betriebe zu zerschlagen. Folge dieses Schrittes: Tarifverträge werden ausgehebelt und der bisher einheitliche Betriebsrat in Frage gestellt. Tarife und Betriebsräte aber sind unverzichtbare Bestandteile der Demokratie.

Bereits das Verhalten der Unternehmensleitung vor Bekanntwerden dieser Entscheidung spricht nicht für ein ausgeprägtes innerbetriebliches Demokratieverständnis. Lange Zeit wiegelte sie jedes Gerücht um eine bevorstehende Zerschlagung und damit jede Mitgestaltungsmöglichkeit des Betriebsrates ab. Tatsächlich wurde in den Vorstandsetagen heftig am neuen Konzept gebastelt, bis es — wie über Nacht entstanden — der Belegschaft präsentiert wurde.

Für die Zukunft sieht es mit der innerbetrieblichen Demokratie noch düsterer aus: Die jetzt bestehende Sicherheit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von einem einheitlichen Betriebsrat vertreten zu sein, ginge verloren. Stattdessen sollen in den kleinen Betriebsteilen neue Belegschaftsvertretungen gewählt werden, die sicherlich in Zeiten des Arbeitsabbaus leichter erpressbar sind. Und: mit dem Verschwinden des einheitlichen Betriebsrates sind die betrieblichen Sozialleistungen gefährdet.

Mit dem Übergang in neue (Tochter-) Unternehmen können die davon Betroffenen momentan bestehende Rechte verlieren. Wie das Unterlaufen von Tarifverträgen geht, haben die SV-Manager im Druckzentrum im ostdeutschen Suhl eingeübt: Die Tarifgehälter wurden dort gekürzt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert.

Der Süddeutsche Verlag tut dies alles nicht aus Not. Das Jahr 1994 brachte ihm Millionengewinne und nach eigener Aussage das „beste Ergebnis in seiner Geschichte“. Noch höhere Gewinne sind das Ziel — auf Kosten der Beschäftigten und ihrer Familien.

Mannheim: Umbau der Stadtverwaltung

ÖTV fordert Tarifvertrag bei Privatisierung

Die ÖTV-Frauenzeitung „Steh auf Frau“ Nr. 8 berichtet über den Versuch der ÖTV, beim Umbau und der Privatisierung der Stadtverwaltung dem Dienstherrn Schranken durch einen Tarifvertrag zu setzen.

„Die Beschäftigten der Stadtverwaltung Mannheim wollen am Umbau der Verwaltung beteiligt werden. Eine Verwaltungsmodernisierung kann unseres Erachtens auch nur dann gelingen, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Personalratsgremien und die Gewerkschaft in den Prozeß miteinbezogen werden. Kein Unternehmen kann es sich leisten, den Sachverstand der Beschäftigten und deren Interessenvertreter brachliegen zu lassen. Die derzeitige Praxis bei der Stadt Mannheim sieht leider anders aus. Maßgebliche Entscheidungen werden zumeist ohne Beteiligung der Beschäftigten getroffen.“

Die ÖTV-Kreisverwaltung Mannheim hat zu dem Themenkomplex „Umbau der Verwaltung“ eine Arbeitsgruppe installiert. Erstes Ergebnis ist der jetzt vorliegende Entwurf eines Rahmentarifvertrages mit folgender Zieldefinition:

„Die Stadt Mannheim und die Gewerkschaft ÖTV verfolgen gemeinsam das Ziel, das breite und qualitative Angebot der Kommunalverwaltung aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln. Mit diesem Tarifvertrag sollen einheitliche Verfahrensgrundsätze für mögliche Rechtsformänderungen vereinbart werden. Ziel ist, auch in Zukunft einheitliche Tarif- und Arbeits-

bedingungen für alle Beschäftigten sicherzustellen. Erfolgreiches Management in der öffentlichen Verwaltung muß auch die Beschäftigten mit in die Verantwortung einbeziehen. Gemeinsam sozialverträglich die Verwaltung 2000 schaffen, ist das Ziel der Vertragsparteien.“

Dieser Tarifvertrag soll unsere Forderungen bei Rechtsformänderungen und Ausgliederungen (z.B. GmbH, Eigenbetriebe) regeln. Unsere Forderungen im einzelnen sind: Paritätisch besetzte Arbeitsgruppen bei geplanten Änderungen; Erhalt aller erworbenen Rechte aus dem Arbeitsverhältnis; Verbindliche Anwendung aller bisher geltenden Tarifverträge (bei Privatisierung); Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband; Anrechnung der erworbenen Beschäftigungs- und Dienstzeiten; Sicherung der Altersversorgung; Beschäftigtenvertreter in den Aufsichtsräten (GmbH, AG) bzw. in Betriebsausschüssen (Eigenbetriebe).“

In einem Schreiben wurde Oberbürgermeister Widder zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Ziel der ÖTV: „Unsere gewerkschaftliche Mindestanforderung bei möglichen Ausgliederungen ist der Erhalt einheitlicher Tarif- und Arbeitsbedingungen für die betroffenen Beschäftigten.“

In einer ersten Reaktion teilte OB Widder der ÖTV mit, er sehe keine Veranlassung zum Abschluß eines Tarifvertrages. Eine Dienstvereinbarung würde ausreichen. Die ÖTV hält jedoch an ihrer Forderung fest.

(nach: Kommunal-Info Mannheim)

Ab 1. Oktober 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie

Umfrage in Augsburger Großbetrieben

In den „Berichten aus Augsburg und Schwaben“ findet sich eine Umfrage zur Umsetzung der 35-Stunden-Woche in großen Betrieben der Metallindustrie.

Bei Siemens soll die Anzahl der Schichten auf 12 bis 17 je Woche flexibilisiert werden können. Wenn z.B. Montag bis Freitag in drei Schichten gearbeitet wird = 15, kann eine Ausweitung auf 17 nur über die Einbeziehung der Samstagsfrüh- und der Sonntagnachtschicht stattfinden. Für in Normalschicht Arbeitende soll die Betriebszeit veränderbar werden, z. B. daß täglich 9 statt 7 Stunden gearbeitet werden müssen. „Der erforderliche Zeitausgleich erfolgt durch Verfügungsstage, die im Regelfall zu 50 % — durch den Mitarbeiter und zu 50 % — durch den Arbeitgeber bestimmt werden“, heißt es in der geplanten Betriebsvereinbarung.

In den beiden Böwe-Betrieben Systec und Passat wurde mit Einführung der 36-Stunden-Woche 1994 die Öffnung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit auf 5 bzw. 8 Überstunden/Woche — ohne Überstundenzuschläge — vorgenommen. Aber die aufgehäuften Zeit konnte nicht, wie vereinbart, bis Mai 1995 „abgefeiert“ werden. Deshalb wurde sie zu großen Teilen (bei Systec ca. zwei Drittel) ausbezahlt, wofür es 40 % Zuschlag gab. Jetzt ist eine Ausweitung der möglichen Mehrarbeit geplant.

Bei MAN-Roland wurde „zur Probe“ folgendes Modell vereinbart: Die Gleitzeit wird ausgeweitet (6 bis 18 Uhr Normzeit, 10 bis 14 Uhr Kernzeit). Parallel dazu wird eine Präsenzpflcht für die Abteilungen eingeführt, ab 8 Uhr und bis 17 Uhr muß mindestens ein Beschäftigter anwesend sein. Die Gewerkschafter vermuten, daß die Präsenzzeit

demnächst auf 6 bis 18 Uhr ausgedehnt und die Arbeitsbereiche verkleinert werden sollen, d.h. es müssen noch mehr Beschäftigte außerhalb des normalen Arbeitstages arbeiten. Es sind formal bis zu 20 Stunden minus/Monat und bis zu 20 Stunden plus/Monat möglich. Für den Zeitausgleich gilt immer: „Die Funktionsfähigkeit des Arbeitsbereichs muß erhalten bleiben.“

Kommentar: Viele Überstunden werden vollständig ohne Kontrolle des Betriebsrates geleistet oder mit dessen stillschweigendem Einverständnis. Oft wird die gesetzliche Zustimmung nachträglich erteilt. Es herrscht kaum Klarheit, ab wann Überstunden mit Zuschlägen bezahlt werden. Regelungen sollten als Betriebsvereinbarungen mit zeitlicher Befristung (z.B. für ein Jahr) abgeschlossen werden. So kann schädlichen Praktiken gegengesteuert werden.

Samstage und Sonntage müssen frei bleiben von Regelarbeitszeit! Körperlicher Schaden, durch monatelange Mehrarbeit verursacht, ist durch freie Tage, die ein halbes bis ein Jahr später gewährt werden, nicht zu reparieren. Durch Geld auch nicht.

Die Geschäftsleitungen wollen individuelle Verträge, d.h. an den Gewerkschaften und Betriebsräten vorbei den Einzelnen unter Druck zu Zugeständnissen bringen, weil sie wissen, daß durch die kollektiven Lohnabhängigenvertretungen allgemeingültige, die Gesundheit und die Familien der Beschäftigten berücksichtigende Faktoren in die Auseinandersetzung kommen. Das ist zumindest möglich, solange die Vertreter der Arbeitenden sich nicht zu sehr in die Debatte um „Standorte“ und dergleichen Kapitalistenansichten verstricken lassen. — (jol)

Moderne Tünche für BASF-Konzerninteressen

Unternehmensführung per BASF Vision 2010: „Wir erwirtschaften eine hohe Rendite“

In einer 27seitigen Hochglanzbrochure informierte die BASF-Konzernführung im Juni 1995 über die „Vision 2010 der BASF-Gruppe“, die umzusetzen und zu leben und zu verinnerlichen alle weltweit gehalten sind, „wir alle müssen mitwirken“ — ein Imperativ. Die Vision beinhaltet acht Kernziele mit Erläuterungen sowie Mittel und Wege, wie diese zu erreichen seien. Sprachlich ist die Vision im Präsens gehalten. Sie postuliert, wie die BASF-Welt im Jahre 2010 aussieht, beinhaltet also „Ziele, die heute noch nicht erfüllt, aber erreichbar sind“.

Da sie auch auf Vorstellungen vom Aussehen der Welt und Gesellschaft im Jahre 2010 beruhen, ist es interessant und aufschlußreich, sie näher zu betrachten.

Doch zunächst lesen wir, warum der BASF-Vorstand eine Vision, die Gültigkeit für ein BASF-Unternehmen in Europa wie Südamerika, Asien und den USA beansprucht, für notwendig erachtete: Eine Vision sei „kein idealisiertes Traumbild, sondern stellt dar, wohin das Unternehmen strebt und wie es gesehen werden möchte. Sie bildet den Rahmen für die strategische Ausrichtung unseres Unternehmens, ist Orientierung und Führungsinstrument zugleich.“ Gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen berücksichtige sie sowie das Verhältnis zwischen Unternehmen und Gesellschaft und die Rolle der Mitarbeiter im Unternehmen. „Wichtig ist für uns, daß alle Mitarbeiter die Überzeugung haben, diese Vision realisieren zu können.“

Jede Einheit soll sie als Basis und „Bauplan“ betrachten, um die visionären Ziele im Konkreten zu formulieren. Sie ist daher allgemein gehalten im Gegensatz zu den Unternehmensleitlinien.

Im Begleitwort des Vorstands heißt es nicht unerwartet (siehe folgende Kritik von Sprenger): „Unsere BASF-Vision 2010 ist das Ergebnis zahlreicher Gespräche und Diskussionen auf Vorstands- und Bereichsebene. Den Weg, sie sogleich von einer großen Zahl von BASF-Mitarbeitern entwickeln zu lassen, haben wir aus ganz praktischen Gründen nicht beschritten. Gewiß, im Sinne einer breiten Konsensbildung sprach manches dafür. Andererseits hätten die unterschiedlichen Aufgaben, Interessen und Ziele der vielen Einheiten und Gesellschaften in der BASF-Gruppe den Prozeß der Konsensbildung erschwert. Unser Konzern mit seinen mehr als 100000 Mitarbeitern ist eben kein homogener Verband ...“ Wie wahr! Und doch soll er als homogener, von einer Vision geleiteter Verband funktionieren.

Zunächst informiert uns die BASF in knapper Form, wie die Welt im Jahr 2010 aussieht und was sich für den Konzern daraus ableitet. „... Die weltwirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen werden die Kluft zwischen den wohlhabenden Industrieländern und wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen, die der internationalen Unterstützung bedürfen, weiter vertiefen. Migration und politische Instabilität werden den Welthandel und die internationale Arbeitsteilung beeinflussen, das stellt uns vor besondere Herausforderungen.“

Globale Märkte, unterschiedliche Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen erforderten „Anpassungsfähigkeit, kritische Selbstkontrolle und Mut zur Innovation. Angesichts der begrenzten natürlichen Ressourcen bedarf es neuer Lösungswege: aus wirtschaftli-

chem Interesse und für einen notwendigen überregionalen Ausgleich, um soziale Konflikte zu entschärfen und um — nicht zuletzt — ökologische Probleme zu vermeiden. Aus den weltwirtschaftlichen und demographischen Szenarien lassen sich wichtige Schlußfolgerungen ableiten.

Erstens: Die Lösung wichtiger globaler Aufgaben wird ohne die Kompetenz der chemischen Industrie und deren Innovationskraft auch in Zukunft nicht möglich sein.

Zweitens: Westeuropa, Nordamerika und Japan bleiben als Produktionsstandorte und Absatzmärkte für chemische Produkte wichtig, allerdings mit geringer werdendem Vorsprung.

Drittens: Süd- und Ostasien entwickelt sich zu der dynamischsten Wirtschaftsregion der Zukunft.

Daraus ergeben sich für die BASF eine Reihe von Herausforderungen:

- * die Internationalisierung vorantreiben,
- * auf unsere Stärken konzentrieren,
- * in unseren Kernarbeitsgebieten Kosten- und Technologieführerschaft anstreben,
- * bei hoher Kundenorientierung schneller als die Konkurrenz sein,
- * gesellschaftliche Anforderungen als Innovationstriebe nutzen,
- * Dienstleistungen als Differenzierungschance sehen,
- * Verfügbarkeit von Rohstoffen absichern,
- * konjunkturunabhängige Arbeitsgebiete stärken.“

Zielgerichtet will der Konzern an der Gestaltung der globalen Entwicklungstrends mitwirken, dabei wird benannt: Die Entwicklung umweltgerechter Produkte und Produktionsverfahren, die Erschließung neuer Ressourcen sowie die Sicherung der Grundbedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung be-

züglich Ernährung (Kunstdünger, Pestizide, Vitamine etc.), Gesundheit (Pharma), Bekleidung und Wohnung (Fasern, Kunststoffe), Mobilität, Energie (Gas), Kommunikation und Gebrauchsgüter.

Ziel 1: „Wir sind weltweit als erfolgreiches, innovatives, transnationales Unternehmen der chemischen Industrie anerkannt.“

Ziel 2: „Mit unseren Produkten und Dienstleistungen gehören wir zu den leistungsfähigsten Anbietern im globalen Wettbewerb.“ Warum fragt sich hier: „weil wir kostengünstiger, kundenorientierter und schneller als die Konkurrenz sind. Wir gehen Kooperationen ein, wenn auf diesem Wege zum Beispiel Kenntnisse des Marktes und technisches, aber auch kulturelles Know how rascher und wirtschaftlicher zu erwerben sind.“ Dabei wird das Bemühen versprochen, „Aspekte des Umweltschutzes angemessen zu berücksichtigen“. Was angemessen ist, verdeutlicht das

Ziel 3: „Auf das eingesetzte Kapital erwirtschaften wir eine hohe Rendite. Wir mehrten die uns anvertrauten Mittel so, daß sich im Durchschnitt der Konjunktur eine Gesamtkapitalrendite vor Steuern von mindestens zehn Prozent ergibt. (...) Wir erzielen unsere Rendite vor allem mit unserem operativen Geschäft und nicht durch Finanztransaktionen oder mit reinen Finanzbeteiligungen ... Zur Erreichung der angestrebten Gesamtkapitalrendite und der jeweiligen Zielvereinbarung stellen wir hohe Anforderungen an Kosten-, Kapital- und Zeitmanagement. In unseren Kernarbeitsgebieten haben wir die Kostenführerschaft oder zumindest Kostengleichheit mit dem Wettbewerb. Erfolgreiches Kapital-Management schließt eine erfolgreiche Investitions- und Aquisitions politik ein. Zeitmana-

gement bezieht sich auf alle Geschäftsprozesse einschließlich des Zeitbedarfs für die erfolgreiche Markteinführung neuer Produkte.“

Ziel 4: „Die BASF ist der bevorzugte Partner der Kunden.“ Mittel dazu ist u. a. die regionale Präsenz der Mitarbeiter, der Vergleich mit anderen Marktteilnehmern und „bei der Mitarbeiterbeurteilung und -entwicklung berücksichtigen wir das Kriterium Qualitäts- und Kundenorientierung sowie innovatives Verhalten“. (Die Durchschlagskraft dieser Vision ist damit angedeutet. Zumindest bei den außertariflich Beschäftigten ist schon heute das Gehalt von der persönlichen erfolgreichen Umsetzung der Unternehmensziele abhängig).

Ziel 5: „Unser Markt ist die Welt.“ Investiert wird dabei verstärkt „auf Märkten mit überdurchschnittlichen Wachstumschancen“. In Süd- und Ostasien soll bis dahin der Anteil am Gesamtumsatz mehr als verdoppelt sein. „... die Führungsmannschaft ist aus unterschiedlichen Kulturkreisen zusammengesetzt ...“

Ziel 6: „Kernkompetenzen kennzeichnen unser Portfolio. Unter Portfolio verstehen wir die Summe aller Leistungen und Produkte, die wir in den Märkten anbieten. Kernarbeitsgebiete der BASF sind solche Tätigkeitsfelder, auf denen wir eine herausragende Kompetenz besitzen und mit denen wir eine starke Position im Wettbewerb erreicht haben und erreichen können ... Eine Strategie noch breiterer Vielfalt liegt nicht in unserem Interesse. Schließlich nutzen wir die Chancen, die sich durch veränderte wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen ergeben.“ (Die BASF ist aktiv in allen gewendeten osteuropäischen Ländern und hat inzwischen etliche Joint-Ventures in China).

Ziel 7: „Wir nutzen den Wandel als Chance.“ „Veränderungen in der Weltwirtschaft und auf den Märkten, Wertewandel in der Gesellschaft — die Zeit des Umbruchs hält an. Für die BASF ergeben sich neue Herausforderungen, die wir entschlossen und offensiv angehen. Wir begleiten den Wandel nicht nur, sondern gestalten ihn mit.“ (sic!) „Wir bekennen uns zu einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung im Sinne von ‚sustainable development‘ und richten unser Handeln entsprechend aus. (...) So wie wir die Anliegen anderer respektieren und uns damit befassen, so erwarten wir die Anerkennung unserer Unternehmensinteressen. Wir helfen mit, ein Umfeld und Klima zu gestalten, in denen eine erfolgreiche wirtschaftliche Entfaltung in partnerschaftlicher und sozialer Verantwortung möglich ist.“

Ziel 8: „Wir, die BASF-Mitarbeiter, schaffen gemeinsam den Erfolg.“ Und warum, weil die BASF ein Unternehmen ist, das mit einer Vision motiviert, ein Unternehmen, „für das sich der persönliche Einsatz lohnt, weil es eindeutige Ziele hat, glaubwürdig handelt, Gestaltungsspielräume eröffnet, Verantwortung und Befugnisse delegiert, das ‚Querdenken‘ fördert, Leistung anerkennt und seine Mitarbeiter als Hauptquelle des Unternehmenserfolges sieht. Um diese Anforderungen zu erfüllen pflegen wir — unabhängig von der jeweiligen Position — einen kooperativen Führungsstil auf der Basis von Delegation und Zielvereinbarung. (...) Die BASF baut starre Strukturen, vermeidbare Bürokratie und Hierarchie weiter ab ...“ — (ede)

Kritik eines Theoretikers der Unternehmensführung

„Paternalistisch-autoritär bis totalitär“

Reinhard Sprenger, ein Theoretiker der Unternehmensführung, Unternehmensberater für Personalentwicklung und Managementtraining, Lehrbeauftragter an den Unis Berlin, Bochum, Essen und Köln äußert sich recht kritisch über den Sinn und Unsinn von Unternehmensvisionen:

„Da die alten Steuerungsmotoren — Belohnung und Bestrafung — weiterhin in Kraft bleiben, ist die Mitarbeitermotivierung heute insgesamt eine Stimmung herbeiführende Mischung aus Prophetie von goldener Zukunft, Strafandrohung und lockender Verheißung.“

Mit einer Vision Aufmerksamkeit erzielen und die Energien bündeln, das Bild einer realistischen, glaubhaften und attraktiven Zukunft für die Organisation entwerfen und kommunizieren, das Bild eines Zustandes, der Sog ausübt und Kräfte mobilisiert: dieses Bild möchte ich trüben. Nicht, daß ich nicht auch überzeugt wäre, daß unternehmerisches Handeln Ziel und Richtung haben muß, um Mitarbeiter anzuziehen und zu binden. Wenn keine Vision vorhanden ist, verdirbt das Volk, sagt schon der weise Salomo. Die Art und Weise aber, in der die neuere Literatur ‚Kontext-Management‘, ‚Manage-

ment by Vision‘, New Age, Light Age und neues Ethikbewußtsein der Wirtschaft zusammenrührt (wo doch die Ethik der real existierenden Vorstandsetage lediglich über den ‚Moral-Ertrag‘ nachsinnt), hat etwas Paternalistisch-Autoritäres, ja sogar Totalitäres.

Es geht mir vor allem um den Weg des Zustandekommens, wer da wie an der Vision modelliert. Wieder die gleichen paramilitärischen Grundmuster: Da ist ein einsamer General, der mit Feldherrenblick auf seine nach Ziel und Richtung hungernden Heerscharen schaut und ihnen mit kühner, mitreißender Rede den Sinn ihres Schaffens erteilt. Seine Wahrheit ist die einzige. (...)

Die Vision wird nicht gemeinsam modelliert, sondern erlassen. Sie interessiert sich nicht für den einzelnen mit seiner sehr konkreten Wahrheit, für seinen sehr individuellen Lebensentwurf. Sie interessiert sich nicht für die Förderlichkeit der Arbeit für die Person, die dem einzelnen erlaubt, sich durch Arbeit zu entwickeln und seinen individuellen Sinn zu finden. Sie will universellen Sinn stiften. Makro statt Mikro. Großentwurf statt individuelle Wahrheit.“

aus: R. K. Sprenger; *Mythos Motivation*, Campus Ffm '94, S. 54 ff.

Ich stimme *maf* zu, daß der Streit um die Arbeitsgemeinschaften von prinzipieller Bedeutung für die PDS ist. Prinzipiell in zweierlei Richtung: Wie halten wir es praktisch mit dem Pluralismus? Wie weiter mit einer bundesweiten PDS? Hinzufügen möchte ich eine dritte Dimension: Was für eine moderne Partei ist die PDS?

Die einmütige Meinung aller Streitteiligten, die Grenzen des Pluralismus seien durch das Programm der PDS gezogen, ist praktisch nicht sehr viel wert. Denn wir alle, die an der Programmdenke teilgenommen haben, wissen um seinen Kompromißcharakter. Und so kann mensch unter Berufung auf das Programm Positionen vertreten, die andere unter Berufung auf andere Formulierungen meinen, überhaupt nicht akzeptieren zu können.

Nicht wenigen ist solch ein unbestreitbarer Mangel an innerer Logik und Unzweideutigkeit ein Dorn im Auge. Für mich zeugt er eher davon, daß die PDS praktisch doch mehr Bewegung ist als Partei: Bewegung einer in sich sehr unterschiedlichen Strömung von Menschen, die ungeachtet weltweiter Niederlagen den Widerstand gegen die Bomben-Logik der bestehenden Weltordnung, gegen die Unterwerfung der meisten Gesellschaften dieser Erde unter die globale Herrschaft des Sich-Rechnens, gegen alle Formen von Rassismus und gegen die Vormundschaft der Apparate für nötig und möglich halten, ohne sich dabei endgültig und radikal von der traditionellen Vorstellung zu verabschieden, daß dieser Widerstand irgendwann, irgendwie in einer völlig anderen Gesellschaft mündet, einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und selbstbestimmter Solidarität. Jeder Versuch, diese Strömung in das festere Bett einer Programm-Partei zu kanalisieren, läßt Teile dieser Strömung draußen, trennt sie von anderen Strömungen dieses Widerstands ab (Partei kommt nun einmal von *pars* = Teil). Und verlangte, so er ehrlich unternommen wird, eine erhebliche Änderung des gültigen Programms.

Sinnvoller erscheint mir da schon, einen Minimalkonsens zu definieren. Die 1. Tagung des 4. Parteitags versuchte, diesen Weg zu gehen. Er scheiterte daran, daß — aus sehr unterschiedlichen Motiven — dieser Konsens in Lösungen und Schlagworten formuliert werden sollte, die eher maskieren als konkretes politisches Tun und Handeln nachprüfbar erfassen. Zur Veranschaulichung sei darauf verwiesen, wie die Thüringer PDS mit großer Mehrheit in ihrem Antrag an den „Geschichtspartei-

tag“ das Fahnwort *Stalinismus* in politische Praktiken zu übersetzen versuchte. Der Antrag aus Thüringen wurde von den Delegierten des Bundesparteitags mit großer Mehrheit zur *Beachtung in der weiteren Arbeit* an die Geschichtskommission überwiesen und ruht dort sanft. Das Verfahren der Thüringerinnen und Thüringer scheint mir damit aber nicht erledigt.

Auf der Grundlage solcher Minimalkonsensformeln wäre dann aber Plura-

Welche Partei ist die PDS?

Zuschrift von Dieter Strützel zu dem Aufsatz „Arbeitsgemeinschaften — aber wie“ in PB 16

lismus nicht einfach die *Duldung* von Standpunkten, Aktionen, Gemeinschaften, Projekten, die nach ihrer Erfahrung und ihrer Überlegung versuchen, den prinzipiellen Konsens im Konkreten zu entfalten, sondern deren kräftige Förderung nach dem trefflichen Wort Friedrich Schorlemmers: „Die Wahrheit, die mir fehlt, hat gewiß eine andere / ein anderer.“ Voraussetzung einer solchen Haltung ist nicht einfach die „großzügige“ Bereitschaft, über andere nicht mit der Gewalt von Dokumenten, Mehrheiten, Vorständen oder Ressourcen herzufallen (der konkrete Streit Bundesvorstand — AG beweist, das wäre auch schon viel), sondern die ehrliche Erkenntnis von der Begrenztheit eigener Standpunkte und Aktionen und die daraus wachsende Freude über andere und anderes. Eine solche Erkenntnis verlangte wiederum den Verzicht darauf, sich usurpatorisch (einvernehmend) mit der ganzen Bewegung oder auch nur der Partei gleichzusetzen. Eine solche Praxis kann auch gepflegt werden, solange es in der PDS einen solchen fixierten Minimalkonsens nicht gibt. Sie könnte den Weg dahin ebnen helfen.

Offenbar sind wir davon aber noch ein Stück weit entfernt. Wie die Praxis des Bundesvorstands, aber auch der Artikel von *maf* belegen, produziert Pluralismus, der nicht von einem möglichst eindeutig fixierten Grundkonsens geschützt ist, eher ein Gefühl des Bedrohseins der eigenen Identität, wogegen sich die Bedrohten statuarisch schützen möchten. Über ein solches Gefühl kann man den Kopf schütteln, zumal beiderseits das Gespenst der Unterwanderung beschworen wird, eine für die im Osten

Sozialisierten etwas befremdliche Befürchtung. Aus der Welt sind damit aber solche Ängste nicht. Bei der Erarbeitung der Thüringer Landessatzung der PDS haben wir versucht, solchen Gefühlen mit der Festlegung zu begegnen, daß jedes Mitglied (ob Person oder Organisation) das Recht hat, gegen den Beitritt eines Menschen oder einer Gruppierung unter Offenlegung seiner Gründe zu protestieren. Die Mitglieder- (oder Vertreter-)versammlung der be-

folgten einer solchen Modernisierung der Partei nicht, bestätigten sogar das Recht des Bundesvorstandes, Organisationen aufzulösen. Auch die Erinnerung an die schlimmen Folgen solcher Parteiprivilegien in der Komintern konnte eine solche Begrenzung basisdemokratischer Grundtendenzen nicht verhindern.

Auch das ist für mich ein Indiz, daß in der PDS zwar die Kritik der „Bolschewisierung“ der europäischen kommunistischen Parteien endlich mehrheitsfähig ist, die tiefgreifenden Gemeinsamkeiten von „Parteien neuen Typs“ und modernen bürgerlichen Parteien aber kaum Gegenstand der Kritik sind, so daß die PDS in diesem Punkt weit hinter der Parteienkritik solcher „bürgerlicher“ Politologen wie Scheuch, Beck oder Dror zurückbleibt. Solange das so bleibt, kann sie höchstens eine stinknormale bürgerliche Partei des demokratischen Sozialismus, nicht aber eine moderne sozialistische Partei sein.

Ohne eine solche strukturelle Modernisierung aber hat sie kaum eine Chance, sich den vielen parteiverdrossenen Bürger/innen der deutschen Republik als glaubhafte Alternative zu präsentieren. Ohne deren Unterstützung zu gewinnen, wird aber jeder Versuch einer bundesweiten Neukonstituierung der Linken in Deutschland intersektionell auf der Strecke bleiben. Wobei Größe, Programmatik, Biographie der beteiligten Sektoren (= durch sich selbst abgeschnittenen) ziemlich egal sind.

Dieter Strützel ist Mitglied des Landesvorstandes der PDS Thüringen.

TERMINE

- 10.9.: Vorstandstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln
- 16./17.9.: 3. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Berlin
- 14.10.: Der Arbeitskreis Politische Berichte tagt in Köln
- 14.-15.10.: Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten in Köln
- 22.10.: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksvertretungen in Berlin
- 29.10.-4.11.: Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin
- 2./4.11.: Bundesjugendkongreß von Bündnis 90 / Die Grünen in Troisdorf
- 1./3.12.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Grüne in Bremen
- 1996
- 27./28.1.: 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS in Magdeburg.
- 1./3.3.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen in Mainz
- 10. März: Kommunalwahlen in Bayern
- 24. März: Landtagswahl in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg
- Mai: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
- Oktober: Kommunalwahlen in Niedersachsen

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte,
50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemein-

schaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221 / 246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 621532.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- o 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.
- o im Halbjahres- / Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- o im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).
- o Halb- / Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

o Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag, widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

Klassengesellschaft und Gesellschaftsklassen

Begründung für einen Diskussionsansatz

Die Sozialstruktur, die sich in den Nachkriegsjahrzehnten in der BRD herausgebildet hatte, unterliegt neuerlich einschneidenden Wandlungen. Wichtige Momente dieses Wandels sind die gewaltigen Vermögensübertragungen durch Erbschaft und der große Anteil an der Wertschöpfung, der durch bürgerlich entrechtete Arbeiter, sogenannte Ausländer, verrichtet wird. Ein drittes Moment ist in Entwicklung: es geht um die mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln kontrollierte Zuarbeit von auswärtigen Standorten her.

Das sind neue Züge im Gesicht des modernen Kapitalismus der BRD, auf die sich die solidarischen Sozialbewegungen, „neue und alte“, einstellen müssen. In den aus diesem Muß entstehenden Diskussionen kann sich sozialistische Politik neuerlich begründen. Wer dazu beitragen will, stößt allerdings auch auf problematische Traditionen; Stichwortpaare wie „objektives Interesse“ / „falsches Bewußtsein“ oder „Einheit“ / „Spaltung“. Das Streben nach Einheit der Arbeiterklasse kann als Grundzug sozialistischer Politik seit Ende des Ersten Weltkrieges nachgewiesen werden. Die Einheit sollte durch Annahme der selben Wahrheit erreicht werden. Die Wahrheit sollte auf wissenschaftlichem Weg festgestellt werden. Unter solchen Voraussetzungen hatte es, zum Beispiel in der Nachkriegs-BRD, die klassische sozialistische Diskussion schwer. Der soziale Wandel, dessen Verständnis Quell ihrer politischen Initiative hätte sein müssen, machte sich als Hemmnis der Einheit der Arbeiterklasse bemerkbar.

An der Schwelle einer großen Modernisierungsbewegung ist der Rückblick auf die vorausgegangene von Interesse, die ihre Spuren in Wissenschaft, Ideologie und Sitten hinterlassen hat.

Am Ausgangspunkt dieser Bewegung stand der verlorene Krieg, die entwerteten Geldvermögen, die zerstörten Produktionsmittel, der schreiende Mangel an allem Lebensnotwendigen. Allerdings waren als Bildungsfaktoren des gesellschaftlichen Reichtums unter allem Schutt eine moderne bzw. leicht modernisierbare Infrastruktur vorhanden, gab es die technisch-wissenschaftlich gut ausgebildete Bevölkerung, gab es Millionenmassen im Zustand fast völliger Besitzlosigkeit, ganz auf die Arbeit als einzigen Weg zu einem besseren Leben konzentriert. Da die kapitalistischen Siegermächte durch Investitionen den Bildungsprozeß des gesellschaftlichen Reichtums in Gang setzten, stellten sich die sozialen Gegensätze in der Nachkriegs-BRD für eine geraume Zeit dar als Unterschiede nach der Stellung in einem alle erfassenden gesellschaftlichen Arbeitsprozeß; aus der aktiven Teilnahme an diesem Arbeitsprozeß zogen alle Klassen und Schichten ihr Selbstbewußtsein. Das Wirtschaftswunder der BRD war verbunden mit weitreichenden Verschiebungen in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Infolge der Maschinisierung der ganzen Gesellschaft machte die Produktivität in der Landwirtschaft gigantische Sprünge. Fortschritte vor allem der Konsumgüterindustrie führten zu einer Ablösung des Kleingewerbes durch Industrie. Fortschritte in der Mobilität warfen zuerst die regionalen Kreisläufe des Kleinhandels um und dann diesen selbst.

In allen Bereichen des Lebens triumphtierte die gesellschaftliche Großorganisation. Nicht dies war für sozialistische Theoriebildung erstaunlich, wohl



aber, daß aus diesem Wandlungsprozeß sich ein systemstabilisierender Effekt ergab.

Der Untergang des Kleingewerbes, in dem Menschen als Herren ihres eigenen Geschickes bzw. Mißgeschickes gelebt hatten, ging Hand in Hand mit einem wachsenden Bedarf der Industrie an Vorarbeitern, Meistern, Ingenieuren, Aufsichts- und Führungspersonal. So folgte aus der Vernichtung des Kleinbürgertums eine Integrationsbewegung in Richtung Industrie und den modernisierten, d.h. auf infrastrukturelle Vorleistungen ausgerichteten öffentlichen Dienst; systemstabilisierend, weil mit dem Verlust der Selbständigkeit die soziale Sicherheit der Großorganisation gewonnen wurde und weil die Homogenisierung der Arbeit in Form der entlohten Arbeit den ideologischen Bezug auf die Arbeit „als Grundwert“ erleichterte.

Auch massenhafte Vernichtung bürgerlichen Gewerbes führte zu einer wichtigen systemstabilisierenden Wirkung, nicht nur wurden die freigesetzten Arbeitskräfte im nahen Umkreis in neu errichteten Fabriken nachgefragt, der Bedarf an Wohnung und Bauland stieg mit an, und so war der Übergang vom Bauernhof in die Fabrik mit Eigenheimwerb der vormals bürgerlichen Schichten verbunden.

Ein dritte Integrationsbewegung entstand, als die Industrie dazu übergang, ihren immer noch wachsenden Arbeitskräftebedarf aus dem Reservoir der Hausfrauen zu decken. Dies war nur möglich durch den Einsatz von Technik und Vorfabrikaten im Haushalt. Die Steigerung der Produktivkraft dieser Arbeit bot Millionen von Frauen die Möglichkeit, dem Hausfrauendasein — freilich unter dem Vorzeichen der Doppelbelastung — zu entkommen, ohne der Institution der Familie radikal absagen zu müssen.

Zu Beginn der sechziger Jahre finden wir in der BRD eine Gesellschaft vor,

die als Wertegemeinschaft auf die gesellschaftliche Arbeit in der Form der entlohten Arbeit und im Rahmen einer Großorganisation setzt. Die Stellung im Arbeitsprozeß, d.h. in der Hierarchie einer Großorganisation, wird das alles entscheidende Moment des Lebens. Zwar gab es auch damals bereits Reiche und Steinreiche, aber diese hielten sich im Hintergrund. Schichten, die laut und öffentlich auf das Vorrecht der Geburt und arbeitsloses Einkommen gepocht hätten, gab es nicht.

Die Differenzierung nach Stellung in der Arbeitshierarchie und Arbeitsentgelt hat allerdings ausgereicht, um einen großen materiellen und kulturellen Differenzierungsprozeß anzutreiben, der in den Sechzigern schon sehr spürbar war und die politische Idee der Chancengleichheit, vor allem der Gleichheit der Bildungschancen provozierte.

Eine systemstabilisierende Wirkung ergab sich auch noch aus diesem Prozeß. Zunächst sichtbar ist, daß sich die Anforderungsstruktur des Arbeitsmarktes wandelt und in der BRD mehr Arbeitskräfte mit technisch-wissenschaftlicher Ausbildung bzw. für die Verwaltungsarbeit benötigt werden. Jedoch ist diese Änderung mit einer privilegierten Stellung der BRD in der internationalen Arbeitsteilung verbunden und mit einer entrechteten Stellung aus dem Ausland herangeführter Arbeitskräfte. Ein System von Ungleichheiten, die mit politischer Gewalt aufrechterhalten werden, wird erkennbar.

Es ist bemerkenswert, wie in den sechziger Jahren in den Gewerkschaften und auch im politischen Milieu Forderungen aufkamen, die eine Gleichheit der Lebenschancen oder wenigstens die Garantie eines gewissen Minimums durchsetzen wollen. Der Versuch, ein Minimum an Ansprüchen zu definieren und kollektiv durchzusetzen, war nicht von Erfolg gekrönt. Eine solche Zielsetzung, an der festzuhalten

wäre, muß mit der Art und Weise, wie sich die Menschen durchs Leben schlagen, in begründbarem Zusammenhang stehen.

An diesem Punkt blieben Untersuchungen, wie sie in der linken Bewegung begonnen worden waren — siehe nebenstehendes Schaubild aus der „Lohnpolitischen Entschlüsselung“ des BWK aus dem Jahre 1982 —, stecken.

Was denn diese konkreten Notwendigkeiten sind, worin denn das Sich-durch-das-Leben-Schlagen besteht, das haben wir nicht mehr zum Gegenstand unserer Untersuchungen gemacht, obwohl doch hier was anderes vorliegen muß, als etwa die Störung eines idealen Zustandes oder eine Ablenkung vom Wesentlichen.

Die Untersuchungen der sozialen Milieus, die in Frankreich von Bourdieu begründet, später dann in ähnlicher Art in der BRD aufgenommen wurden, legen die Vermutung nahe, daß in einer modern ausdifferenzierten Ausbeutergesellschaft Reproduktionskreisläufe entstehen, in denen je spezielle Notwendigkeiten des Lebensstils, der Erziehung, der kulturellen Vorlieben und dergleichen mehr knallhart gelten, die im Laufe der Entwicklung eigene, spezielle Krisen durchmachen, und deren jeweilige Probleme sich nicht auf allgemeine Ausgangspunkte oder Zielpunkte reduzieren lassen.

Solche Untersuchungen werden zwar häufig vorgetragen, um den Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital mindestens zu relativieren. Man könnte solche Milieus aber auch als Produkt aus Anforderungen der kapitalistischen Produktion und Streben nach einem bißchen freien Raumes ansehen.

Im Rahmen der Bundeskonferenz Westdeutscher Kommunisten und zusammen mit dem Trägerkreis Kritik und Widerstand wollen wir in der nächsten Zeit versuchen, uns die Diskussion um diese Fragen zu erschließen.

— (alk, maf)

Die feinen Unterschiede, Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“ nennt der französische Soziologe Pierre Bourdieu seine 1979 erschienene Untersuchung und deutet so seine These an: Geschmack, Vorlieben für bestimmte Kultur, Kleidung, Essen usw. sind nicht Naturgabe, sondern Merkmal für „Klasse“. „Stil“ wird zu einem Markenzeichen, zu dem „strategischen Mittel zur Distinktion“, zur Unterscheidung der sozialen Klassen untereinander. Bourdieu verwendet den Begriff des „kulturellen Kapitals“ oder „Bildungskapitals“, dessen Umfang aber keineswegs mit der formalen Schulbildung parallel läuft, sondern aus einem ererbten und einem erworbenen Teil be-

stensstilen“: Aus umfangreichem empirischem Material aus der Konsumforschung über den Zusammenhang von Vorlieben für Musik, Malerei, Automobilmarken, Mode, Freizeitaktivitäten, Radiosender, Filmschauspieler, Zeitungen usw. mit der Bildung und dem Einkommen ergänzt Bourdieu das Modell des „Raums der Lebensstile“.

Der große Vorteil dieser Darstellung: Die Zurückführung der Klassenspaltung der Gesellschaft auf die Stellung der verschiedenen Klassen zu den Produktionsmitteln führt nicht dazu, daß die Vielfalt der Lebensverhältnisse unerklärlich wird; umgekehrt muß aus der Vielfalt der Lebensstile aber

Klassen, Lebensstil, soziale Milieus

steht: „Stil“ im Schoße einer „alten“ Familie entwickelt, ist zu unterscheiden von dem Verhalten, das jemand ohne solchen familiären Hintergrund hat, selbst wenn formal gleiche Schulabschlüsse erworben wurden.

Bourdieu versucht eine Beschreibung der Klassengesellschaft mit dem Begriff der „objektiven Klasse“, jenes Ensembles von Akteuren, die homogenen Lebensbedingungen unterworfen sind ..., und denen eine jeweilige Gruppe von Merkmalen gemeinsam ist: objektivierte, teilweise juristisch abgesicherte (Besitz an Gütern oder Macht) und inkorporierte Merkmale wie die klassenspezifischen Habitusformen. Daher ist nach Bourdieu eine soziale Klasse definiert „weder durch ein Merkmal (nicht einmal das am stärksten determinierende wie Umfang und Struktur des Kapitals), noch durch eine Summe von Merkmalen (Geschlecht, Alter, soziale und ethnische Herkunft ..., Einkommen, Ausbildungsniveau etc.), noch auch durch eine Kette von Merkmalen, welche von einem Hauptmerkmal (der Stellung innerhalb der Produktionsverhältnisse) kausal abgeleitet sind. Eine soziale Klasse ist vielmehr definiert durch die Struktur der Beziehungen zwischen allen relevanten Merkmalen.“ Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Individuen wie auch Kollektive (Klassenfraktionen) Laufbahnen vollziehen, Auf- und Abstiege nach oben oder nach unten aus ihrer Klasse heraus.

Bourdieu entwickelt hieraus einen dreidimensionalen Raum zur Darstellung mit folgenden drei Grunddimensionen: Kapitalvolumen, Kapitalstruktur und zeitliche Entwicklung dieser beiden Größen (Laufbahn). Zweidimensional dargestellt ergibt sich das auf dieser Seite dargestellte Diagramm: oben die am reichhaltigsten mit ökonomischen Kapital ausgestatteten Klassen und Klassenfraktionen, unten die unter diesen Aspekten am stärksten benachteiligten (mathematisch ausgedrückt: Y-Achse = ökonomisches Kapital, zunehmend von unten nach oben). Links im Diagramm ist das kulturelle Kapital am größten, abnehmend nach rechts (X-Achse = kulturelles Kapital). Die dritte, zeitliche Dimension, mögliche oder tatsächlich vollzogene Laufbahnen, ist in Form von Pfeilen angedeutet.

Diese Darstellung wird ergänzt durch eine Zuordnung von „Le-

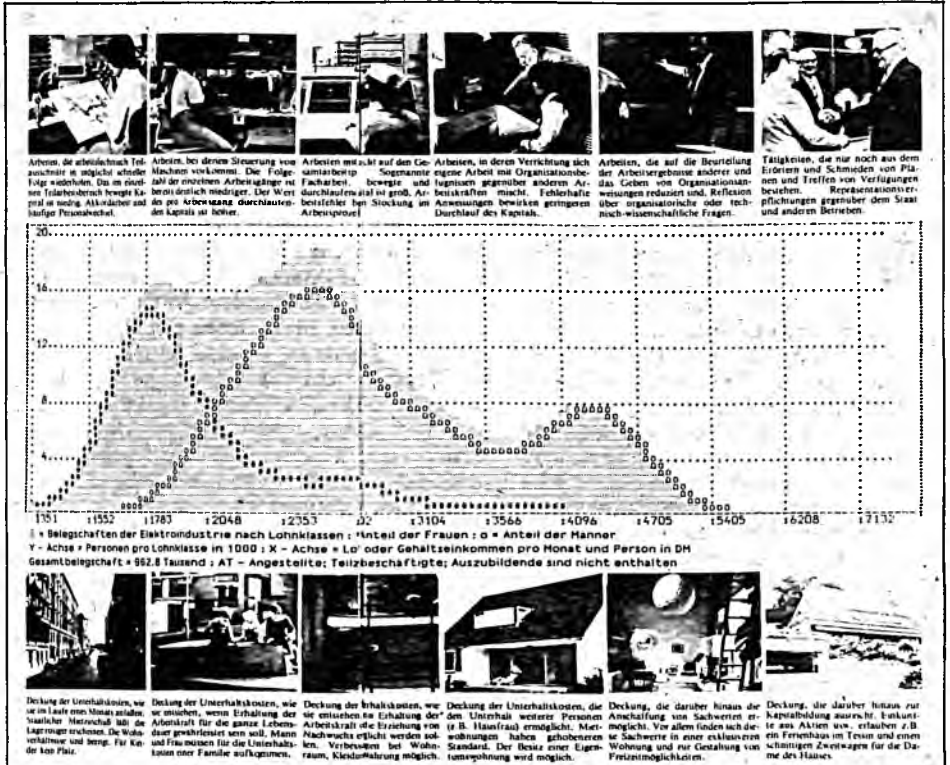
benstilen“: Aus umfangreichem empirischem Material aus der Konsumforschung über den Zusammenhang von Vorlieben für Musik, Malerei, Automobilmarken, Mode, Freizeitaktivitäten, Radiosender, Filmschauspieler, Zeitungen usw. mit der Bildung und dem Einkommen ergänzt Bourdieu das Modell des „Raums der Lebensstile“.

Der große Vorteil dieser Darstellung: Die Zurückführung der Klassenspaltung der Gesellschaft auf die Stellung der verschiedenen Klassen zu den Produktionsmitteln führt nicht dazu, daß die Vielfalt der Lebensverhältnisse unerklärlich wird; umgekehrt muß aus der Vielfalt der Lebensstile aber auch nicht der Schluß gezogen werden, all das sei Ausdruck der grenzenlosen Freiheit des Individuums in der westlichen Gesellschaft. Bourdieu illustriert und vertieft seine Darstellung des sozialen Raums und des Raums der Lebensstile anhand zahlreicher Darstellungen, die z. T. sehr „französisch“ sind, z. T. aber auch interessante Hinweise auf die Verhältnisse in der BRD-Gesellschaft liefern. Hier nur einige Stichpunkte und Kapitelüberschriften: Zusammenspiel von Güterproduktion und Geschmacksproduktion; der herrschende Geschmack; Bildungsbefähigkeit; Statuskompetenz und Statusinkompetenz (der Experte in der Politik); Klassenhabitus und politische Meinung etc.

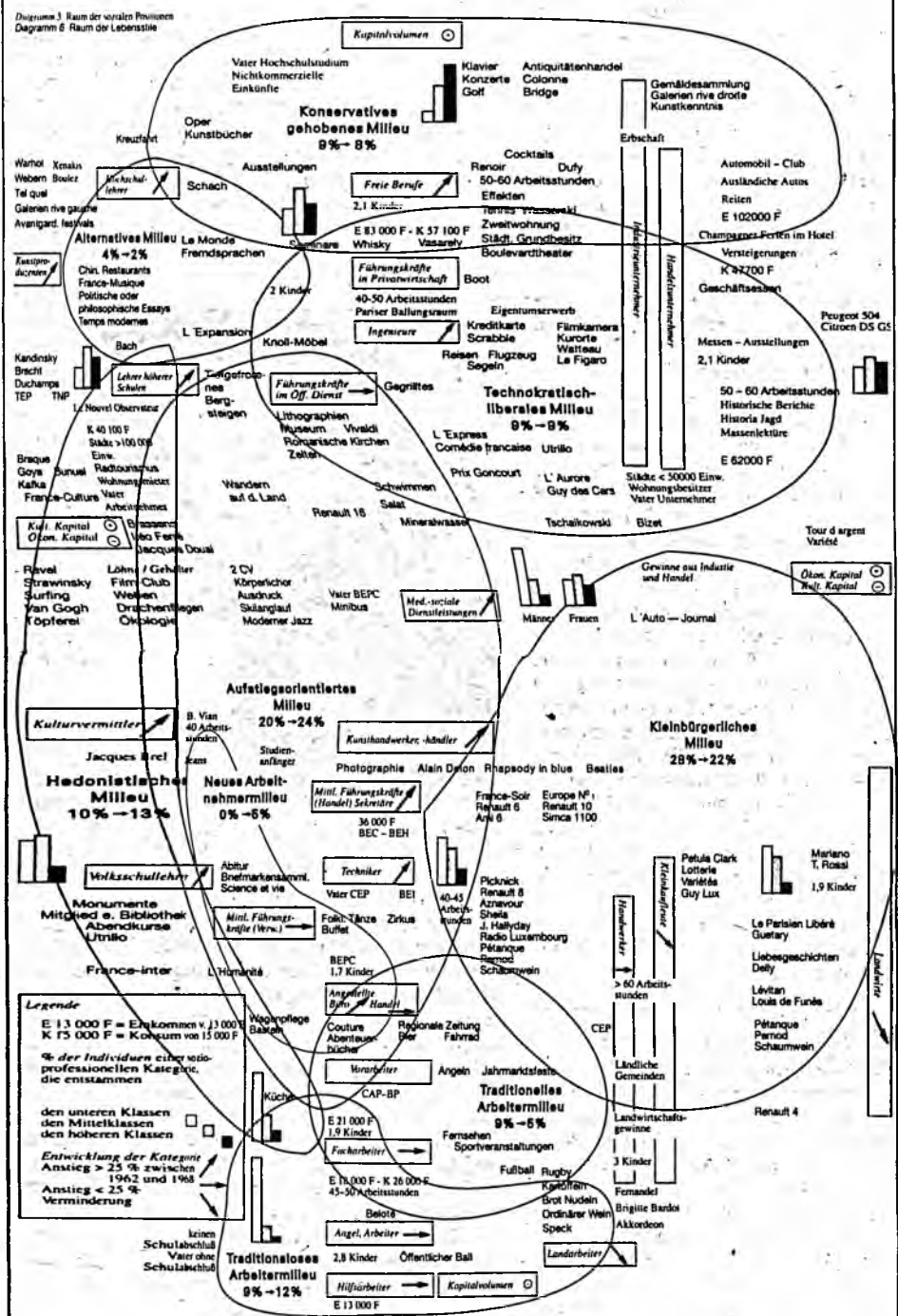
In einem Punkt bleibt Bourdieu allerdings stark einem traditionell-sozialistischen Verständnis von Klassen verhaftet: Die Zunahme der akademisch gebildeten Lohnabhängigen (höheres bis hohes kulturelles Kapital) faßt er unter dem Begriff „neues Kleinbürgertum“. Charakteristisch sind laut Bourdieu: Herkunft aus den unteren und mittleren Klassen oder abgestiegen aus den höheren, unterbrochene Laufbahn, daher das Streben nach neuen Berufen: Verkaufs- und Vertreterberufe (Werbung), Verkauf von symbolischen Gütern und Dienstleistungen (Eheberater, Sexologen etc.), Kulturproduzenten; kurzum er sieht diese neue soziale Schichtung als „Zwischenschicht“, entstanden aus Zersetzungsprozessen der herrschenden Klasse und Überbauphänomenen. Bourdieu hat hier übersehen, daß sich aus den Notwendigkeiten der materiellen Produktion heraus eine neue Mittelklasse herausgebildet hat, die ein soziales Milieu bildet, mit besonderem Lebensstil etc.

Interessant erscheint die Untersuchung auch, weil sie zwanglos ermöglicht, die Darstellung des „sozialen Raumes“ (also Besitz an Produktionsmitteln und Zugang zu Reproduktionsmitteln) zu ergänzen durch eine Charakterisierung von Tätigkeiten. Schon ein erster Blick zeigt, daß „links oben“ (wenn man das Diagramm zugrunde legt) die zwecksetzende Arbeit (Kopfarbeit) angesiedelt ist, während „unten rechts“ die ausführende Arbeit (Handarbeit) zu finden ist. Eine solche Zuordnung mag zur Aufklärung sozialer Milieus und ihrer Gegensätze beitragen.

Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*. Suhrkamp TB, 34,80 DM



Bourdieu's Raum der sozialen Positionen und die Lage der SINUS-Milieus



Die Prozentzahlen bei den SINUS-Milieus geben jeweils die Veränderung ihrer Größe in der westdeutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren zwischen 1982 und 1991 an.

Quellen: SPD 1984; Bourdieu 1982, S. 212f; SINUS 1992a, 1992b; Forschungsgruppe Sozialstrukturwandel, Repräsentativbefragung 1991.

Pseudorealismus als Stil

Der bürgerliche Roman als Bagatelle, zwei Beispiele

Was kann geschrieben werden und was nicht? Eine Frage der künstlerischen Mittel von Literatur, eine Frage der Technik des Schreibens und des Stils. Auch eine Frage nach den historischen Bedingungen von Literatur, der Stellung, die ihr von der Gesellschaft zugewiesen wird. Was muß und soll geschrieben werden, und was darf nicht geschrieben werden? Dies ist eine moralische und politische Frage der Literatur, eine Frage ihres Engagements. Also eine Frage, inwiefern künstlerische Techniken mit den kulturellen und sozialen Erfordernissen an die Literatur vermittelt sind. Auch eine Frage nach der Selbstverortung der Literatur in der Gesellschaft.

Ohne konkreten Bezugspunkt mögen die Fragen leer und bloß abstrakt erscheinen. Sind sie aber einmal direkt an die Literatur gestellt, oder vielmehr aus der Lage der Literatur selbst erwachsen, so gewinnen sie eine Schärfe, die die Literatur in ihren Grundfesten trifft. Die Fragen ziehen sich dann zusammen zu der einen nach Freiheit und Verantwortung der Literatur: Was schreibt der Autor über den Krieg, wie berichtet er von den Schergen, von den Opfern? Entwirft er ein utopisch-humanistisches Menschenbild, um ein barbarisches zu bekämpfen; oder kann er das barbarische Menschenbild durch bloße Darstellung und Beschreibung entlarven? Die bürgerliche Literatur hat den Namen der künstlerischen Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben. Aber sie hat darüber die soziale Unfreiheit vergessen, die fast unmerklich sich auch in den literarischen Betrieb verlängert.

Ein Literaturbetrieb, dessen Vertreter selbst noch Zeugen, wenn nicht gar Opfer von Zeiten waren, durch die auch die Sprache beschädigt wurde, ist von sich aus gezwungen, auf seinen Gegenstand zu reflektieren: Selbst die gegenwartsbezogene Nachkriegsliteratur und die Literatur der 68er kristallisierte sich ja an der Frage, wie Literatur nach Auschwitz noch möglich ist. Diese historisch erzwungene Selbstreflexion der Literatur scheint heute aufgehoben zu sein, wo eine neue Generation von Schriftstellern sich und ihre eigenen Probleme behauptet. Die oben angerissenen Fragen können nicht durch zwei exemplarisch vorgestellte Romane gelöst werden. Die Romane und ihre jungen Autoren mögen aber helfen, die Notwendigkeit der geäußerten Fragen neu aufzuwerfen, gerade auch weil in diesen Büchern aus ganz unterschiedlicher Perspektive sich doch ähnlich der Gesellschaft, der Literatur und ihrer etwaigen Bedeutung genähert wird: nämlich gar nicht.

Beyer: Bagatellisierung der Vergangenheit

Seinen zweiten Roman *Flughunde* möchte der 1965 geborene Marcel Beyer gerne als „seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ verstanden wissen. Erzählt wird zum einen die Geschichte von Hermann Karnau, der als „Akustiker“ menschliche Stimmen, auch Stimmen von Kranken und Gefolterten, auf Wachsplatten aufnimmt und sie archiviert. Durch diese Arbeit am Mikrophon vermittelt, besorgt Karnau die Beschallungstechnik eines NS-Parteitages. Dies führt zum Kontakt mit einem der NS-Haupttäter, den Beyer ungenannt läßt, der aber etwa vom Kaliber eines Joseph Goebbels ist. Als

eines der sechs Kinder dieser fiktiven NS-Person wird die achtjährige Helga die zweite erzählende Figur im Roman eingeführt. Einen Handlungsstrang mit nachfolgenden Ereignissen gibt es weniger; vielmehr ist es eine Zeitspanne, die Beyer beschreibt: Eine Begegnung der beiden Erzählfiguren gegen Ende der 30er Jahre bildet den Ausgangspunkt; ein Wiedersehen von Karnau und Helga im Führerbunker 1945 den Endpunkt, unterbrochen von einem Zeitsprung, der in die 90er Jahre führt, als nach der deutschen Vereinigung ein verschütteter Raum des Karnauschen Stimmenarchivs im besagten Bunker freigelegt wird.

Erzählt wird hier also aus der Perspektive eines Täters, der sich als solchen nicht wahrnimmt, und aus der Perspektive eines Kindes, das mit Naivität das herrenmenschliche Treiben der Eltern wahrnimmt. Gleichzeitig gibt Beyer seinen Figuren aber eine äußerst genaue Beobachtungsgabe, die vollständig entgegengesetzt ist zu den fehlenden Schlüssen, die aus solcher Beobachtungstätigkeit zu ziehen wären: Verworren ist es bei Karnau, der akribisch Feinheiten aus den Stimmen heraus hört, aber doch nicht sensibel scheint, mit den Stimmen der Opfer das NS-System zu durchschauen; offensichtlich ist es bei Helga, die einerseits schon ganz vernünftelnd-erwachsen wahrnimmt, aber doch buchstäblich selbst als Kind noch zu dumm vorgeführt



Marcel Beyer

wird, um das wahre Treiben ihrer Eltern zu erkennen, die nämlich schließlich zum Ende alle sechs Kinder, also auch Helga, umbringen. Vielleicht möchte Beyer seinen Lesern die Banalität des Bösen vorführen, aber heißt das Banale nicht Einfältigkeit des Grauens statt Klugheit der Beobachtungsgabe?

Würde im Buchklappentext nicht vermerkt sein, daß der Autor sich hier mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzt, man würde nicht einmal bemerken, daß es überhaupt um diese Zeit wesentlich geht. Aber gerade das macht ja die Koketterie der neueren Literatur aus, die man sich von der bildenden Kunst abgeguckt hat: Gerade wo zwischen der vermeintlichen Intention des Autors und dem Inhalt soviel Bruch ist, stürzt sich der Literaturbetrieb mit Wollust auf das Werk und erklärt jeden fadenscheinigen Hinweis auf die Intention zum Indiz für die hohe Kunst: Der Autor würde eben sehr versteckt und subtil seinen Gegenstand behandeln, sehr genau und sehr feinfühlig zudem.

man kann aber auch sagen: Er behandelt den Gegenstand gar nicht.

In Beyers Roman kommt deutlich zum Ausdruck, was man als Trennung von Form und Inhalt in der bürgerlichen Literatur angemahnt hat: Schreiben kann Beyer, ohne Zweifel, aber gerade durch dieses stilistische Vermögen verleiht er seinen Figuren eine Kraft, die der inhaltlichen Absicht ganz unangemessen ist: Die Figuren werden zu Opfern, indem sie allzu menschlich dargestellt werden. Und die Figuren werden austauschbar: statt Helga das Mädchen aus dem Warschauer Getto, statt Karnau der Geheimsenderbetreibende Kommunist im Untergrund. Wäre es Beyer wirklich um die Figuren gegangen, es hatte sie auch dort gegeben, wo die Literatur einzugreifen gefordert ist. *Flughunde* weckt Verständnis darüber, wie jemand hat zum Täter werden können. Aber der Roman erklärt nicht, wie es dazu kommt, geschweige denn, wie so etwas über die Zusammenhänge des Nationalsozialismus in Erfahrung gebracht werden kann. Und ernsthaft ergibt sich aus Beyers Roman die Frage: Braucht es überhaupt eine Literatur, die aus der Perspektive der Täter schreibt? Natürlich: Die achtjährige Helga kann keine Täterin sein, und Beyers Anliegen ist es sicherlich, Menschen vorzustellen, die in die Nähe von Tätern zum Mitlaufen gezwungen sind. Aber besteht die Kraft und Pflicht literarischer Fiktion nicht gerade darin, daß die Erzählung Wirklichkeit gerade dort auch kritisch freilegt, wo eine andere Geschichte erzählt wird, wo die Helgas und Karnaus eben nicht nur gleichgültig beobachten, sondern den Ausgang aus der ihnen aufgezwungenen Unmündigkeit finden? So verkommt der Roman zum Protokoll; und in Sachen Nationalsozialismus hätte eine wissenschaftliche Arbeit allemal ihren besseren Dienst getan. Beyers Beschäftigung mit der Vergangenheit bagatellisiert diese.

Kracht: Bagatellisierung der Gegenwart

Faserland ist der Debütroman des 1966 geborenen Christian Kracht. Wie bei Beyer muß auch Kracht zugestanden werden, daß er durchaus Sprache beherrscht, daß er einen Stil hat. Aber was heißt das schon? Sprache beherrschen, und der Begriff der Beherrschung kündigt das eben auch an, tut auch derjenige, der Sprache bloß als Mittel, als Instrument der Ideologie und verblenden- den Propaganda einsetzt. Wahrhaft mit Sprache umgehen zu können, hieße heute schließlich auch, sie vor Beherrschung in Schutz zu nehmen; heißt auch, mit der Sprache auf den Schaden reflektieren, der ihr geschichtlich zugefügt wurde. Denn es läßt sich mit Sprache selbst vom fortschreitenden Unheil so reden, als wäre es das Heil: Ernst Jünger und jene, die seinen reaktionären Kleingeist gerne als immerhin große Literatur verteidigen möchten, wo sich dann auch Alfred Andersch und Heiner Müller finden, sind ein Beispiel dafür. Durch solche Diskussionen wird ein Feld literarischer Reaktion geöffnet, das dann im Verbund der neuesten literarischen Moden in abgeschmackten Kulturkonservatismus umschlägt, der sich dennoch als absolut gegenwartsbezogene Bestandsaufnahme der Generation X tarnen kann. Solchen Zeitgeist bedient, unter den jungen Literaten



wohl derzeit niemand treffender als Kracht. Kracht nimmt als Hauptfigur die Identifikationsfigur der Generation X: einen namenlosen Yuppie, der seine Zeit mit Partys verbringt, immer ein frisches weißes Hemd im Koffer hat, sich für den Nabel der Welt hält, indem er beharrlich beteuert, eben dieses nicht zu sein, ein Mensch also, der gar nichts Besseres zu tun hat, als zwangsläufig aus der Lappalie seines Lebens eine Sinnkrise zu basteln. Nun ist Kracht nicht nur reaktionär, weil er sich mit seiner ganzen schriftstellerischen Fähigkeit einem reaktionären Charaktertyp zuwendet, sondern weil er diesen Charaktertyp nicht kritisiert. Wenn Krachts Protagonist hier und da von der arbeitenden Bevölkerung — im Roman sind es Taxifahrer, Haushaltshilfen, „Betriebsräte“ und Kellner — spricht, dann durchweg vom „Nazi-Schwein“, „SPD-Nazi“, oder „blöde“ und „dumm herumstehenden Typen“ mit „Schwulletten-Stimmchen“. Krachts Roman wird bald vergessen sein; aber doch hinterläßt er eine Wunde in der Sprache, die er benutzt und mißbraucht: Wenn die ersten zwanzig Seiten des Romans sich noch wie gute Unterhaltung lesen lassen, bevor man den Schmutz durchblickt, liegt es daran, daß Kracht jenen Jargon benutzt, der gerade von jungen kritischen Autoren als Maßstab gesetzt wurde, nämlich den in erster Person berichtenden, erlebnisorientiert-feuilletonistischen Stil.

Dieser Stil ist das Resultat des dokumentarischen Berichts, wie man ihn aus der sozialistischen Literatur bis zu den Werkkreisen und Max von der Grün kennt, gebrochen durch die Anforderungen des Marktes, die den Schriftsteller vom gesellschaftlichen Kollektiv entfremden und ihn mehr und mehr zum Schreiben nach Zeilengeld zwingen. — (rob)

Christian Kracht, *Faserland*, Kiepenheuer & Witsch: Köln 1995, 166 S., 29,80 DM

Marcel Beyer, *Flughunde*, Suhrkamp: Frankfurt/M. 1995, 301 S., 38,- DM

Quellen:

- 1 Der hier unternommene Versuch soll als produktive Ergänzung verstanden werden zu: „joe, Literatur zur Wende. Einige Anmerkungen aus westdeutscher Sicht, PB 10/1995
- 2 vgl. Theodor W. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt/M. 1965 S. 8f.
- 3 Ein „Betriebsrat“ ist nach Kracht ein Mensch, der Flugzeug fliegt, „bunte Krawatten und senffarbene Sakkos trägt und sowohl was gegen Yuppie wie auch Ausländer hat: „und wer ich ein Ausländer wäre und kein Jackett an hätte, wofür er einen hohen Monatslohn hergeben müßte, dann hätte er auch bestimmt etwas gesagt.“ (57)